

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Bildung und Soziales
des Gemeinderats
vom 30. November 2010

öffentlich

§ 369

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2011 für den
Fachbereich Bildung und Soziales

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 1. Dezember 2010 (§ 376) aufgeführt.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Gönner, teilt mit, dass Bürgermeisterin Mayer-Dölle aufgrund eines Todesfalls in der Familie nicht an den Haushaltsplanberatungen teilnehmen werde.

Herr Eh, der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, stellt die wesentlichen Neuerungen und Änderungen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) dar. Beim Vorbericht zum Fachbereich Bildung und Soziales falle auf, dass der Soziallastenausgleich in Höhe von 1,5 Mio. € in den Fachbereichshaushalt umgeschichtet worden sei.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) erkundigt sich, ob es künftig zusätzliche Erläuterungen zum Haushaltsplan geben werde, da sie beispielsweise die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen nicht mehr gefunden habe.

Dazu informiert Herr Eh, dass bisher die Einzelmaßnahmen über 150.000 € dezidiert dargestellt worden seien. Es werde darauf geachtet, dass Einzelfälle weiterhin ausführlich erläutert würden.

Erster Bürgermeister Czisch legt dar, nach den Rückmeldungen werde entschieden, wo mehr Transparenz gewünscht werde. Grundsätzlich solle der Haushaltsplan so schmal als möglich gehalten werden.

Oberbürgermeister Gönner bedankt sich bei allen Beteiligten für die Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens, welches eine große Aufgabe gewesen sei.

I. Teilergebnishaushalt

Oberbürgermeister Gönner ruft die Seiten 167 ff. des Haushaltsplanentwurfs 2011 (Anlage zu GD 901/10) auf.

Produktgruppe 3650-650 Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Stadtrat Eichhorn (FWG) beschreibt die erfolgreiche Arbeit des Fachbereichs in den letzten Jahren. Die Aufwendungen für die Kindertagesstätten würden 2011 19 Mio. € betragen. Es sei ein einheitlicher Personalschlüssel für alle Betriebsformen vorgesehen, wobei acht Fachkräfte über die gesetzlichen Vorgaben hinaus eingesetzt würden. Die Erhöhung des Betreuungsschlüssels führe zu Mehrkosten in Höhe von 1,4 Mio. €, wovon 950.000 € durch Elternbeiträge erwirtschaftet werden sollten.

Für das Kindergartenjahr 2011/2012 werde gerade eine Neustrukturierung der Kindertagesstättengebühren erarbeitet und 2011 seien dadurch zusätzliche Elternbeiträge in Höhe von 200.000 € vorgesehen. Aufgrund der positiven Finanzentwicklung der Stadt werde vorgeschlagen, diesen Elternanteil in Höhe von 200.000 €, 2011 aus den allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren. Dies würde Ulm als familienfreundlicher Stadt gut zu Gesichte stehen und werde als Investition in die Kinder betrachtet.

Oberbürgermeister Gönner hält es für wichtig, kontinuierlich zu handeln und nicht nach der Kassenlage zu entscheiden.

Stadträtin Kühne (SPD) bestätigt, dass es sich hier um ein Schlüsselthema handle. Sie lässt wissen, dass sich seit einem Jahr eine Arbeitsgruppe intensiv mit der qualitativen Verbesserung der Kinderbetreuung und einer angemessenen Beteiligung der Eltern beschäftige. Den Verwaltungsvorschlag zur Gebührenanpassung halte sie durchaus für tragbar. Durch die erweiterten Angebote in der Kinderbetreuung werde es den Eltern ermöglicht, Einkommen zu erzielen. Allerdings könne gefragt werden, weshalb die Deckelung lediglich von 3.500 auf 5.000 € angehoben werde.

Daneben sei klar, dass der Kindergarten ein soziales Thema sei. Wenn es der Stadt wieder einmal richtig gut gehen sollte, würde sie sofort befürworten, dieses Bildungsangebot kostenlos zur Verfügung zu stellen. Bis dahin müssten sich jedoch die Kindergartengebühren an den Einkommensverhältnissen orientieren und dies sei mit dem Vorschlag der Arbeitsgruppe von Verwaltung, Gemeinderäten und den anderen Trägern gut gelungen und dürfe nun nicht in Frage gestellt werden.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) weist darauf hin, dass Ulm bei der Zukunftsprognose den 9. Platz bundesweit erreicht habe, wofür er die Verantwortlichen im Rathaus nur loben

könne. Die Konsolidierung habe sich sicherlich auf diese erfreulichen Aussichten ausgewirkt.

Allerdings müsse auch gesehen werden, wo gespart worden sei: Bei den sozialen Leistungen und der Vorsorge, dem notwendigen Ausbau der Schulsozialarbeit und der Qualität der schulischen Ganztagesbetreuung. Es fehle preiswerter Wohnraum, die Kindergartengebühren seien im Grundsatz zu hoch und die Kinderbetreuung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es habe Kürzungen bei den tatsächlichen Notwendigkeiten gegeben.

Die u3-Betreuung werde gerne als Kür bezeichnet, es handle sich jedoch um eine wichtige Aufgabe.

Wenn Bildung gelingen solle, dürfe es nicht bei den Mindestvorgaben bleiben. Die Eckdaten stünden fest und diese seien der Rahmen für die heutigen Beratungen.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) verweist auf die neuen Schulden 2011 in Höhe von 16,7 Mio. €, welche den Kindern hinterlassen würden. Die Stadtgesellschaft sollte möglichst viel von den 116 Mio. € des Fachbereichs Bildung und Soziales profitieren und durch die Eckwerte hätten sich die Gemeinderäte eigentlich festgelegt. Obwohl bereits 100 Mio. € für die Bildungsoffensive ausgegeben worden sei, erreichten sie oft Klagen der Eltern, dass es in den Schulen zum Teil erheblichen Renovierungsbedarf gebe. Sie regt eine Prioritätenliste über den Sanierungstau gerade auch von kleineren Maßnahmen in den Schulen an.

Große Bedeutung für die Bildung hätten die Volkshochschule Ulm und die Familienbildungsstätte und das neue Freizeitbad sei ein tolles Angebot.

Die Gebührenbelastung bei den Kindertagestätten halte ihre Fraktion teilweise für sehr hoch, sie werde jedoch mitgetragen, da quantitativ und qualitativ ein gutes Angebot geschaffen worden sei. Nun werde die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Gebührenanpassung abwartet und bei dieser sollten mögliche Härtefälle abgefangen werden.

Stadtrat Wischmann (FDP) sieht die künftige finanzielle Gestaltung der Stadt vor allem im Fachbereich Bildung und Soziales. Da die Anzahl der Personen, die soziale Hilfen benötigten, steige und wenn keine neuen Schulden aufgenommen werden sollten, bedeute dies, dass weniger Geld zur freien Verteilung übrig bleibe. Dies führe zum Verteilungskampf.

Es gebe die gesetzliche Maßgabe, dass die kommunalen Ausgaben vorrangig über Gebühren gedeckt werden sollten. Bisher betrage der Elternanteil bei den Kindergartengebühren 17 % und geplant sei, diesen auf 20 % zu erhöhen. Damit werde immer noch der größte Teil über Steuermittel finanziert und für die Eltern bestehe die Gelegenheit, die Kosten von der Steuer abzusetzen.

Er halte es für wichtig, im Fachbereich Bildung und Soziales effizienter zu werden und begrüße aus diesem Grund die gemeinsame Einrichtung mit der Agentur für Arbeit.

Bei den Kürzungen müsse darauf geachtet werden, dass diese nur Leute treffe, bei denen dies auch möglich sei.

Erster Bürgermeister Czisch verweist auf die Neuverschuldung von 18 Mio. €, welche nicht in Einklang mit der gebotenen Nachhaltigkeit stünde. Seit Anfang des Jahres sei intensiv daran gearbeitet worden, wie nachhaltig die großen Probleme des Haushalts gemeistert werden könnten. Ein wichtiges Thema dabei sei der Ausbau und die Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung gewesen. Hierfür sei ein Paket geschnürt worden, das nach und nach in die Beratung gehen werde. Er verstehe nicht, wenn es hier nun zu Meinungsänderungen komme.

Das Budget des Fachbereichs Bildung und Soziales betrage 63 % des Gesamthaushalts. In diesem Bereich stiegen die Belastungen bereits aufgrund der demografischen Entwicklung und den gesetzlichen Vorgaben sowie der städtischen Entscheidungen zum Ausbau der Kinderbetreuung.

Der Paketbeschluss, der monatelang beraten worden sei und auch die Neuordnung der Gebühren beinhalte, umfasse 1,1 Mio. €. Zusätzlich dazu würden 400.000 € bis 500.000 € für die individuelle Förderung von Kindern bereitgestellt und 200.000 € für die höhere Personalausstattung. Nachdem nun noch mehr Geld ausgegeben werden müsse als geplant, könne nicht plötzlich die Meinung zum Paketbeschluss geändert werden.

Stadtrat Bühler (FWG) widerspricht, dass das Gesamtpaket aufgeschnürt werde. Es gehe lediglich um den Teil Gebührenanpassung, die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden solle und bei der es sich um 200.000 € handle. Er ruft in Erinnerung, dass es die FWG-Fraktion gewesen sei, die sich dafür eingesetzt habe, dass das Raumprogramm bei dem Kindergarten Lettenwald und dem Bildungshaus Eselsberg neu definiert werden sollte. Hier handle es sich um Nachhaltigkeit.

Für Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) geht es beim Kindergarten um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen finanziert werden müsse. Zähneknirschend werde seine Fraktion der Erhöhung der Bemessungsgrenze zustimmen, da sie sozial gerecht sei. Er regt an, den Maximalbetrag der Kindergartengebühr möglicherweise zu deckeln, um Extremfälle zu vermeiden und den Berechnungsmodus zu überdenken, wenn für 28 Stunden Betreuung 0,75 % des Einkommens und bei 48 Stunden 6,55 % des Einkommens veranschlagt würden.

Stadtrat Ried (FWG) trägt vor, 25 Mio. € werde die Kinderbetreuung kosten und davon könnten 5 Mio. € von den Eltern erwartet werden. Die restlichen 20 Mio. € müssten über die Gewerbe- und Einkommensteuer finanziert werden. Unter nachhaltiger Politik verstehe er, dass neben den 20 % auch die 80 % gesichert würden. Dafür sei entscheidend, hochqualifizierte Kräfte in die Stadt zu bringen und zu halten. Er habe die Sorge, dass für diese Menschen die Stadt aufgrund der hohen Betreuungskosten nicht attraktiv sei und sie Ulm meiden würden.

Stadtrat Eichhorn (FWG) verweist auf die Zustimmungen seiner Fraktion zu allen Sparmaßnahmen der Verwaltung. Er bedaure, dass sein Antrag keine Mehrheit haben werde.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) legt dar, die Stadt Heilbronn erhebe keine Kindergartengebühren, trotzdem zögen nicht alle Menschen dort hin. Die Bürger schätzten das sehr gute Betreuungsangebot in Ulm und er widerspreche, dass Ulm nicht attraktiv sei.

Stadtrat Dr. Süslü (SPD) ist verwundert über den Antrag der FWG-Fraktion. Als Akademiker habe er dafür kein Verständnis und die SPD-Fraktion halte die Gebührenanpassung ebenfalls für nötig.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) kann den Vorschlag der FWG-Fraktion nicht verstehen. Sie sei begeistert von den heutigen Möglichkeiten der Kinderbetreuung und für die Eltern sei entscheidend, wie die Kinder betreut würden.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) veranschaulicht, dass bei den Konsolidierungsmaßnahmen des Fachbereichs Bildung und Soziales Beschlüsse gefasst worden seien, die wehtun würden und über die nochmals nachgedacht werden sollte. So gebe es außer für die SGB II-Bezieher keine von der Stadt finanzierte Schuldnerberatung, obwohl die Privatinsolvenzen um 11 % gestiegen seien. Die Notschlafstelle für wohnsitzlose Frauen des Deutschen Roten Kreuzes sei im Rahmen der Konsolidierung sehr schnell vom Tisch genommen worden und müsse nochmals überprüft werden. Bei der Altenhilfe sollte die Qualitätssicherung bei der Ambulanten Pflege angegangen werden. Sie bittet darum, dass die Verwaltung aufzeige, wie sie im Rahmen des Job-Centers die Zielsetzung der Präambel umsetzen könne und wenn dies mit den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit nicht möglich sei, an die allgemeinen Finanzmittel zu denken.

Oberbürgermeister Gönner macht klar, dass es eindeutige Beschlüsse des Gemeinderats zur Haushaltskonsolidierung und zum Ausbau der Kinderbetreuung gebe, welche über eine Grundsteuererhöhung und eine angemessene Beteiligung der Eltern erfolgen solle.

Er versichert, dass die Existenzsicherung für jeden Bürger sichergestellt sei und jedem Bedürftigen bei Bedarf eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden könne.

Wenn der Fachbereich erkläre, er komme mit seinem Budget nicht aus, bedeute dies, dass die Anderen mehr zahlen müssten.

Stadtrat Eichhorn (FWG) lässt wissen, dass er seinen Antrag zurückziehe.

Den Antrag von Stadträtin Dr. Graf (CDU) sieht Erster Bürgermeister Czisch als Auftrag an die Verwaltung, eine Liste über den Sanierungsstau bei kleineren Maßnahmen an Schulen aufzuzeigen und dem Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales vorzulegen. Er fügt an, dass neben der Bildungsoffensive in den letzten Jahren nochmals 80 Mio. € in den Bereich Bildung investiert worden seien.

Stadtrat Wischmann (FDP) bittet darum, Änderungswünsche nur gemeinsam mit einem Finanzierungsvorschlag vorzubringen.

Produktgruppe 3140-630 Wohnungslosenhilfe

Stadträtin Schanz (SPD) unterstützt die Forderung von Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) nach mehr Plätzen für wohnsitzlose Frauen. Bei den herrschenden Temperaturen müsse gefragt werden, wie die Menschen das überlebten.

Die Leiterin der Abteilung Existenzsicherung, Frau Keil, verspricht einen umfassenden Bericht in der Februar-Sitzung des Fachbereichs Bildung und Soziales. Gemeinsam mit dem Deutschen Roten Kreuz und der Caritas sei festgestellt worden, dass die Anzahl der wohnungslosen Frauen in Ulm nicht ausreiche, um dauerhaft ein Angebot für Frauen bereitzuhalten. Sie könne jedoch versichern, dass alle wohnsitzlosen Frauen untergebracht werden könnten.

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) würde es begrüßen, wenn am Ratstisch alle Schwachpunkte angesprochen werden könnten und dann versucht würde, zu einem Ergebnis zu kommen. Dies könnte auch bedeuten, dass festgestellt werde, dass das Budget nicht ausreiche.

Oberbürgermeister Gönner trägt vor, er sei davon ausgegangen, dass die Haushaltsplanberatungen in den Fraktionen intensiv vorberaten worden seien. Bei den Fraktionen handle es sich um ein Spiegelbild des Gemeinderats. Das Fachbereichsbudget betrage 116 Mio. € und innerhalb dessen bleibe noch Gestaltungsraum.

Von Stadträtin Dr. Graf (CDU) ist zu erfahren, dass ihre Fraktion die Meinung vertrete, dass die Fachbereiche mit ihren Budgets auskommen müssten. Sie regt an, die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen Stadtentwicklung, Bau und Umwelt und Bildung und Soziales zu intensivieren.

Produktgruppe 1114-620 Kontaktstelle Migration

Stadträtin Dr. Graf (CDU) teilt mit, ein wichtiges Thema für die Stadtgesellschaft sei die Integration und sie schlägt vor, die Neugestaltung der Integrationspolitik in Ulm zu diskutieren und sie stellt den Antrag, auf die Streichung der halben Stelle bei der Kontaktstelle Migration zu verzichten. Es interessiere sie, wie viele Stellen der Kontaktstelle Migration zur Verfügung stünden.

Darauf antwortet Frau Grunert (Leiterin der Kontaktstelle Migration), dass es bei der Kontaktstelle um 2,0 Stellen gehe und diese auch unverändert bestehen blieben.

Nach der Meinung von Stadtrat Dr. Süslü (SPD) sei es nicht nachhaltig, eine halbe Stelle bei der Kontaktstelle Migration zu streichen, da es um soziale Gerechtigkeit gehe. Frau Grunert habe große Schwierigkeiten Mittel zu akquirieren und er betont die Bedeutung dieser Arbeit für die Integration und die Prävention.

Herr Gerstenberg (Controller des Fachbereichs Bildung und Soziales) gibt bekannt, dass 2004 beschlossen worden sei, dass diese halbe Stelle bei der Kontaktstelle Migration künftig projektfinanziert werden solle und nun lediglich eine technische Bereinigung des Stellenplans erfolge, ohne dass die Stelle weg falle.

Stadtrat Milde (FWG) fragt Ersten Bürgermeister Czisch, wie groß der gestalterische Anteil am Sozialbudget sei und wohin die zahlreichen Millionen € gingen.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) verweist auf die großartige Dokumentation über den Fachbereich Bildung und Soziales.

Stadtrat Wischmann (FDP) stellt fest, dass die Stadt bei der Kinderbetreuung über den Orientierungsplan hinausgehe, welches jährlich etwa 400.000 € koste. Er erkundigt sich, wie viel Geld dies 2011 sei und schlägt vor, darauf zu verzichten, um dieses Geld für andere Dinge einzusetzen.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) spricht die Steuerungsgruppe an, die durch genaues Hinschauen viel bewirkt habe. Allerdings seien dabei auch immer wieder Engpässe aufgetreten, welches möglicherweise daran liege, dass der Bereich personell etwas unterbesetzt sei. Ihre Fraktion macht den Vorschlag, für personelle Entlastung bei der Kindergartensteuerung zu sorgen

Erster Bürgermeister Czisch bestätigt, dass der Aufwand bei der Kindergartensteuerung immens sei. Er spreche sich gegen eine neue Stelle aus, aber um die konzeptionelle Arbeit bis 2013 auf die Reihe zu bringen, bestehe die Möglichkeit, eine junge Trainee- Kraft projektbezogen einzusetzen, welches zu keiner Veränderung des Stellenplans führen würde. Im ersten Quartal 2011 werde im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales dazu berichtet.

Schwierig zu beantworten sei die Frage nach dem Gestaltungsrahmen. Ohne Rechtsansprüche bestehe ein relativ großer Gestaltungsspielraum. Die gewachsene Struktur einer Stadt, die sich in hoher Verantwortung auch der Solidarität verpflichtet fühle, begrenze die Beeinflussbarkeit der Veränderungen. Es werde immer wieder vergessen, dass jedes Jahr mehr Geld ausgegeben werde. In einem Zyklus von drei bis fünf Jahren sollte gefragt werden, was durch neue Entscheidungen anders gestaltet werden könne. Im Ergebnishaushalt seien die Veränderungen nur in kleinen Schritten zu erzielen.

Auf die Bitte von Stadtrat Wischmann (FDP) legt Herr Scheffold (Stabstelle Organisationsentwicklung) dar, die 400.000 € für acht Stellen würden ab 1. Januar 2011 umgesetzt, wenn die Rechtsverordnung in dieser Form verabschiedet werde.

Oberbürgermeister Gönner macht deutlich, hierbei handle es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt Ulm.

Erster Bürgermeister Czisch erklärt, die budgetrelevante Summe betrage 116 Mio. € und die budgetneutrale Summe 195 Mio. €. Beim budgetrelevanten Zuschussteil gehe es um 85 Mio. € und der budgetneutrale Zuschussteil betrage 155 Mio. €.

Produktgruppe 3120-630 Grundsicherung für Arbeitssuchende

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) kündigt einen Antrag für eine städtische Schuldnerberatung nicht nur für SGB II-Bezieher an.

Die Leiterin der Abteilung Existenzsicherung, Frau Keil, lässt wissen, die Schuldnerberatung finde sich auf Seite 227 des Haushaltsplanentwurfs. Faktisch handle es sich um Schuldnerberatung nach SGB II und SGB XII. Es würden jedoch nicht nur Leistungsempfänger sondern auch Einkommensschwache, orientierend an den Pfändungsgrenzen, beraten. Der Schwerpunkt der kommunalen Schuldnerberatung liege in der Sozialberatung, den Verhaltensänderungen, dem Überleben mit Schulden, dem Stellen von zweckdienlichen Anträgen und im Sichern des laufenden Lebensunterhalts. Seit Jahren gebe es drei Schuldnerberater und sie verweist auf das abgestimmte Konzept Schuldnerberatung und Wohnraumsicherung,

welches im Internet nachzulesen sei. Aktuell betrage die Wartezeit höchstens zwei Wochen. Der Zuschuss für die Diakonie zur präventiven Schuldnerberatung habe 2010 gekürzt werden können, da das Land ein Präventionsprogramm an den Schulen eingeführt habe. Neben der kommunalen Schuldnerberatung könnten die Insolvenzberatung des Landes sowie die Schuldnerberatung der Diakonie in Anspruch genommen werden.

Oberbürgermeister Gönner sieht durch die Änderung des Insolvenzrechts ein breites Angebot an Schuldnerberatung. Auch gemeinnützige Organisationen hätten zum Teil sehr seriöse Angebote und daneben stünden auch Beratungen durch die Banken zur Verfügung.

Produktgruppe 3620-640 Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit
Produktgruppe 3650-650 Personalaufwendungen der Städtischen Kindertageseinrichtungen

Stadtrat Dr. Böker (GRÜNE) fragt nach der Schulsozialarbeit und den Schülerhorten im Haushaltsplanentwurf.

Von Erster Bürgermeister Czisch kommt der Hinweis, dass Dinge, welche im vorderen Teil nicht als gestrichen aufgeführt seien, noch vorhanden sein müssten.

Herr Gaus (Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung) lässt wissen, dass die Schulsozialarbeit bei der Produktgruppe 3620-640, dargestellt auf der Seite 232 des Haushaltsplanentwurfs, zu finden sei.

Zu den Schülerhorten verweist Frau Gabel-Müller (Leiterin der Abteilung Städtische Kindertageseinrichtungen) auf die Produktgruppe 3650-650 Personalaufwendungen der Städtischen Kindertageseinrichtungen auf Seite 243 des Haushaltsplanentwurfs, die diese beinhalten.

Oberbürgermeister Gönner hält abschließend - ohne Widerspruch - fest, dass der Teilergebnishaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

II. Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales

Oberbürgermeister Gönner ruft die Seiten 247 bis 273 des Haushaltsplanentwurfs auf.

Produktgruppe 4210-610 Förderung des Sports

Von Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) wird der Vorschlag gemacht, die 700.000 € für die Sportförderung zu halbieren, da sich die kleineren Vereine ohnehin die Komplementärfinanzierung nicht leisten könnten und mit diesen 350.000 € die vorgebrachten Wünsche im Fachbereich Bildung und Soziales erfüllen zu können.

Zur Halbierung der Sportförderung stellt der Leiter der Abteilung Bildung und Sport, Herr Semler, klar, diese sei nicht möglich, da bereits Verpflichtungen für die nächsten Jahre eingegangen worden seien und die Sportvereine auf dieses Geld vertrauten.

Stadtrat Eichhorn (FWG) möchte wissen, ob der Betrag von 700.000 € aus dem Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt übertragen werden könne.

Ein Austausch wäre systemfremd, antwortet Erster Bürgermeister Czisch.

Stadtrat Eichhorn (FWG) verweist darauf, dass dieses Geld von den Vereinen vor allem für Sanierungen, teilweise auch für energetische Erneuerungen, dringend gebraucht werde.

Stadträtin Kühne (SPD) spricht von einer verkehrten Welt, sich darüber zu freuen, dass es den Vereinen aus finanziellen Gründen nicht gelinge, ihre Substanz zu erhalten und dass das Geld für andere Zwecke verbraucht werden solle. Hier müsse grundsätzlich überlegt werden, was hier auf dem Spiel stehe.

Erster Bürgermeister Czisch informiert, dass der Betrag von 1 Mio. € auf 700.000 € reduziert worden sei. Bei den Vereinen bestehe das Problem, dass es ihnen oft nicht gelinge, Geld für Investitionen anzusammeln. In diesem Bereich müsse überlegt werden, wie den Vereinen nachhaltig geholfen werden könne, ihre Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Dazu würden voraussichtlich Sonderfinanzierungen benötigt.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) stellt klar, dass es sie keineswegs freue, wenn Vereine ihre Sanierungen nicht angehen könnten.

Produktgruppe 3650-640 Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Stadträtin Kühne (SPD) trägt vor, bei den Investitionen für das Bildungshaus Eselsberg und den Kindergarten Lettenwald habe sich im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt gezeigt, dass die Absprache mit dem Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales, dem Auftraggeber, nicht optimal gewesen sei. Hier bestehe noch Abstimmungsbedarf, ob die Bestellung sachgerecht sei, denn davon werde eigentlich im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt ausgegangen. Sie habe Verständnis dafür, dass im letzten Jahr aufgrund der Mittel des Konjunkturpakets II Dinge beschleunigt entschieden werden mussten, die bei näherer Betrachtung vielleicht etwas üppig ausgefallen seien. Es interessiere sie, wie dies künftig vermieden werden könne. Da es um große Beträge gehe, bittet sie um eine Stellungnahme.

Stadtrat Wischmann (FDP) schildert, dieses Thema sei im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales ausführlich beraten worden und die FWG-Fraktion habe danach gefragt, ob die Gebäude nicht zu groß seien. Die Verwaltung habe die Größe begründet und die Mehrheit der Mitglieder habe dem Beschlussantrag zugestimmt.

Von Stadtrat Bühler (FWG) ist zu erfahren, dass das Gebäudemanagement in seinem Evaluationsbericht dargestellt habe, dass teilweise Vorgaben überzogen seien. Unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit müsse berücksichtigt werden, dass die Flächen zu reinigen und zu renovieren seien. Der Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt habe festgestellt, dass die Quadratmeterzahl auch ohne Qualitätsverlust zurückgefahren werden könne. Die Ausschreibung sei nun so formuliert worden, dass die Quadratmeterzahl reduziert werden könne.

Stadträtin Münch (CDU) stellt fest, von einer Luxusausstattung könne keine Rede sein. Aus ihrer Sicht sei eher die Mensa beim Bildungshaus Eselsberg zu klein. Der multifunktionale Raum im Kindergarten Lettenwald solle auch dazu dienen, dass sich junge Eltern dort treffen und Beratung wahrnehmen könnten.

Bei der Quadratmeterzahl dürften auf keinen Fall die pädagogischen Ansätze und Ziele außer Acht gelassen werden. Standards für Bildungshäuser gebe es bisher nicht, aus diesem Grund werde angeregt, die gesammelten Erfahrungen dafür zu nutzen, Standards für die Stadt Ulm zu entwickeln.

Stadtrat Eichhorn (FWG) legt dar, wenn der Kindergarten Lettenwald gebaut werde, würden andere Räume dafür frei und bisher sei noch gar nicht klar, ob überhaupt Familien mit Kindern in das Baugebiet ziehen würden. Die Quadratmeterzahl sollte so begrenzt werden, dass keine Luxuseinrichtungen entstünden.

Bürgermeister Wetzig bringt vor, es gebe noch keinen Baubeschluss, sondern durch kleine Wettbewerbe für diese beiden Vorhaben entstünden Pläne, die dann beraten würden.

Erster Bürgermeister Czisch beschreibt, hier gehe es um Grundsatzfragen. Für jeden Sozialraum sei eine große moderne Einrichtung vorgesehen, die Anzahl der benötigten Gruppen werde über die Kindergartenbedarfsplanung ermittelt und pro Gruppe gebe es einen städtischen Standard für die Investitionen und den laufenden Betrieb. Problematisch seien die Forderungen beispielsweise nach einem Passivhaus, einer Wärmestube für Kinderwägen, nach Barrierefreiheit oder Multifunktionalität, die vom Gemeinderat beschlossen worden seien.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hält es für wichtig, grundsätzlich zu klären, welches der Bedarf und was Luxus bei einem Bildungshaus sei. Dieser Punkt sollte gemeinsam mit dem Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales und dem Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt entschieden werden und da die Kinderzahlen zurückgingen, müsse auch über Multifunktionalität nachgedacht werden.

Oberbürgermeister Gönner erinnert an die Demografieklausur 2005, bei der beschlossen worden sei, dass Gebäude so konzipiert werden müssten, dass sie von den verschiedenen Generationen genutzt werden könnten.

Stadtrat Wischmann (FDP) unterstreicht auch bei abstrakten Beschlüssen, z.B. bei den Handlungsempfehlungen des Seniorenberichts, über konkrete Zahlen nachzudenken.

Oberbürgermeister Gönner empfiehlt theoretische Begeisterung und praktische Nüchternheit für diesen Bericht.

Stadträtin Dr. Graf (CDU) würde ebenfalls eine engere Zusammenarbeit der Fachbereiche Bildung und Soziales und Stadtentwicklung, Bau und Umwelt begrüßen.

Oberbürgermeister Gönner berichtet von einem Brief mit zahlreichen Unterschriften, den er erhalten habe und in dem der geplante Standort angezweifelt und eine Vorfahrt für das Bildungshaus Eselsberg gefordert werde.

Von Stadträtin Kühne (SPD) ist zu erfahren, dass auf dem sehr großzügigen Schulgelände der Adalbert-Stifter-Schule gerade der Standort ausgesucht worden sei, der verkehrstechnisch und für den Schul- und Kindergartenbetrieb am schwierigsten sei.

Oberbürgermeister Gönner schlägt vor, wenn noch Klärungsbedarf bestehe, das Vorhaben zu verschieben.

Stadtrat Bühler (FWG) lässt wissen, der Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt habe dieses Thema ausführlich diskutiert und den Standort ausgewählt, der ihm als der Beste erschienen sei. Nun gebe es einen Beschluss und dazu müssten die Ausschussmitglieder stehen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hätte sich mehr Zeit für die Auswahl des Standorts gewünscht, da es dann möglicherweise zu einer anderen Lösung gekommen wäre.

Produktgruppe 211003-610 Erweiterung Sporthalle Eduard-Mörke-Schule

Stadträtin Schanz (SPD) geht auf die Erweiterung der Eduard-Mörke-Schule ein (Seite 248 des Haushaltsplanentwurfs) und möchte wissen, ob es hier um den Ersatz für die alte VfL-Halle gehe und ob 2011 begonnen werde.

Dies bejaht Oberbürgermeister Gönner beides.

Oberbürgermeister Gönner stellt fest, dass der Teilfinanzhaushalt des Fachbereichs Bildung und Soziales unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

III. Zuschussverzeichnis

Oberbürgermeister Gönner ruft die Seiten 398 bis 405 des Haushaltsplanentwurfs auf.

Nachdem das Wort hierzu aus der Mitte des Ausschusses nicht ergriffen wird, stellt er – ohne Widerspruch - fest, dass das Zuschussverzeichnis unverändert dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen wird.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, R 2, C 2, ABI, ABI/KAM, ESI, KITA, FAM, BS, GPR, ZS/P, ZS/F, GM, RPA, OV (8), 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Kultur
des Gemeinderats
vom 30. November 2010

öffentlich

§ 371

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2011 für den
Fachbereich Kultur

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 1. Dezember 2010 (§ 376) aufgeführt.

Zu Beginn der Sitzung erläutert der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, die wesentlichen Neuerungen im Kommunalen Haushaltsrecht und die neue Struktur des Haushalts. Danach geht er kurz auf die finanzielle Situation im Haushaltsjahr 2011 ein.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Gönner, weist in seinen einleitenden Worten insbesondere auf das Defizit des Ergebnishaushalts 2011 in Höhe von rd. 9,6 Mio. € hin.

I. Teilergebnishaushalt

Stadträtin Kühne (SPD) spricht an, dass von der "Kulturstadt an der Donau" gerade noch zwei Positionen übrig geblieben seien. Sie glaube, dass dieser Begriff einer Revision unterzogen gehöre. Bei einem Zuschussbedarf von 26 Mio. € im Bereich Kultur mache man sich etwas lächerlich.

Oberbürgermeister Gönner erinnert daran, dass bei einer der letzten Haushaltsplanberatungen der Wunsch geäußert worden sei, dies extra darzustellen.

Erster Bürgermeister Czisch fügt an, dass jedes Jahr Sonderfaktoren in den Haushalt eingestellt würden, um bestimmte Projekte durchzuführen. Zum Ansatz für das Berblinger-Jubiläum sei im Gemeinderat gesagt worden, dass dies mit 700.000 € ganz schön viel koste. Er teile die Auffassung von Frau Stadträtin Kühne nicht. Denn es komme nicht auf die Anzahl der Zeilen und Begriffe an, sondern auf den Betrag.

Stadtrat Milde (FWG) äußert, heute Morgen im Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales habe man sich über die gestalterische Macht und Ohnmacht des Gemeinderats unterhalten. Herr Bürgermeister Czisch habe dabei erwähnt, dass es einen kleinen Gestaltungsspielraum im Sozialbereich gebe.

Die 26 Mio. € im Kulturbereich flössen zu fast 37 % ins Theater und mit den weiteren Mitteln betreibe man die Musikschule, das Archiv, die Stadtbibliothek, das Stadthaus, das Museum und die Hauptabteilung Kultur. Es sei daher zu fragen, wo man für die Zukunft gestalten könne, ohne den einzelnen Bereichen etwas wegzunehmen. Bei der Konsolidierung habe man feststellen müssen, dass hier nicht viel zu holen sei. Die von seiner Fraktion vorgeschlagene Stiftung, um ein Investitionsimpulsprogramm für eine Kulturstadt an der Donau möglich zu machen, gebe es bis heute nicht, weil private Kapitalgeber fehlten. Dieses Thema habe man auch etwas verschlafen. Das Berblinger-Jubiläum sei der einzige Posten, der über das übliche Budget hinausgehe.

Im Februar gehe man in Klausur zu der Frage, wie sich die Zukunft des Museums gestalten. Selbst wenn es neue Erkenntnisse gäbe, Investitionen in eine Neugestaltung zu tätigen, hätte man nicht die finanziellen Möglichkeiten dazu. Die Bitte seiner Fraktion sei, dass die Verwaltung sage, wie man in diesem Punkt weiterkommen könne.

Erster Bürgermeister Czisch erwidert, die Mitglieder des Fachbereichsausschusses hätten das ganze Jahr über gestaltet. Zwischen 2002 und 2009 seien dauerhafte Sonderfaktoren in Höhe von 678.000 € gewährt worden. Für 2011 rede man von 880.000 € einmaligen Sonderfaktoren und von 140.000 € dauerhaften. Dies alles finde sich im Haushalt wieder. An Investitionen falle ihm außer dem Museumseingang kein Bauprojekt ein, das man im Bereich der städtischen Kultureinrichtungen nicht schon angegangen habe. Es gebe auch noch andere Fachbereiche, die diese Sonderbudgets nicht hätten. Deshalb wende er sich dagegen, dass dieser Ausschuss mangelnde Gestaltungsmöglichkeiten habe.

Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) führt aus, das Theater sei als Drei-Sparten-Theater über alle Fraktionen hinweg bestätigt und mit dem Beschluss der Elektrifizierung der Obermaschine nochmals bekräftigt worden. 2011 werde man 9,6 Mio. € für das Theater ausgeben.

Das Museum habe stürmische Zeiten erlebt und sei immer noch inmitten unruhiger See. Für 2011 wünsche man sich ruhigere See und neues Personal auf der Brücke. Das Museum habe viel zu bieten. Wenn man in der Bundesliga mitspielen wolle, sei es unter Umständen nötig, auch Bundesligamittel zur Verfügung zu stellen. Auch sei die Homepage für eine Stadt wie Ulm, die Apps verbreite, nicht mehr ganz angemessen. Im Jahr 2008 seien 51.844 Besucherinnen und Besucher ausgewiesen worden und 2009 exakt die gleiche Anzahl. Er bitte dies zu erläutern.

2010 habe man die Gebührensatzung für die Stadtbibliothek geändert und die Stadtteilbib-

liothek in Böfingen erhalten. Die Stadtbibliothek liege ca. 800.000 Ausleihen unter Plan. Ihn interessiert, ob es dann richtig sei, 2011 dieselbe Planzahl wie 2010 einzustellen.

In der Konsolidierung habe man u.a. beschlossen, dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg weniger Geld zu geben. Seine Fraktion denke, dass man darauf achten müsse, nicht "zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel" zu kommen. In diesem Zusammenhang sei zu sehen, dass im Haushalt 2011 690.000 € für das Berblinger-Jubiläum eingestellt würden.

Das Roxy habe man 2010 nicht sterben lassen.

Oberbürgermeister Gönner wirft ein, dass die Roxy-Rettung um die 800.000 € gekostet habe.

Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) betont, seine Fraktion sei sehr froh darüber, dass das Roxy weiter bestehe und die Bürgerschaft mit seiner Neukonzeption begeistern könne. Man bedanke sich an der Stelle auch für die Arbeit von Herrn Rothacker.

In der freien Kulturszene habe man bedeutende Einrichtungen in Ulm, wie beispielsweise das Ulmer Zelt. Man habe einen Antrag auf den Tisch gelegt, das Ulmer Zelt anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums mit einem Sonderfaktor von 25.000 € zu unterstützen. Ausschussübergreifend weise er darauf hin, dass die Kultur, insbesondere die freie Kultur, Nischen brauche und Kunstschaffende auch günstigen Wohnraum und kreative Ecken brauchten. Dies sei ein Querverweis auf die Wohnungsbauplanung in Ulm.

Kultur gebe es natürlich nicht umsonst. Städte ohne Kultur seien keine Städte, habe der Geschäftsführer des Bühnensvereins Rolf Bolwin gesagt. Auch Petra Bahr, die Kulturbeauftragte der evangelischen Kirche, habe gewarnt, wenn die Kultur aus den Städten verschwinde, werde es kalt in Deutschland. Die Grüne-Fraktion unterstütze den Haushaltsplanentwurf 2011 im Bereich Kultur, aber nicht ohne darauf hinzuweisen, dass man finanzielle Masse brauche, um Akzente setzen zu können.

Stadträtin Malischewski (FWG) äußert, Berblinger-Jubiläum und "Kulturstadt an der Donau" sei schon sehr weit hergeholt, weil man den Berblinger-Preis trotzdem immer vergebe. Und dann reise man auch noch zur Flugschau nach Friedrichshafen und zahle Eintritt bei der Messe.

Dem Ulmer Zelt einfach so 25.000 € für ein Jubiläum zu geben, dagegen wehre sie sich. Für solche Dinge gebe man von der Bürger Stiftung einen Anerkennungsbeitrag und so sollte man dies auch beim Ulmer Zelt halten.

Das Roxy sei wieder einmal gerettet worden und Herr Oberbürgermeister Gönner habe vorhin die Summe von 800.000 € genannt. Als Fraktion werde man heute in den Gazetten herum geschmiert und als Kulturbanausen angesehen, weil man einen anderen Vorschlag gemacht habe. Dies sei unschön, denn die FWG habe das Roxy oft mit gerettet. Sie sei sich nicht sicher, ob man nicht nächstes Jahr hier am Tisch eine erneute Rettungsaktion machen müsse.

Das Stadthaus habe nur noch sehr wenig Ausstellungen und die Besucherzahlen hätten sich von 160.000 auf 80.000 halbiert. Es sei schon die Frage, ob man von den Ausstellungsbesuchern nicht doch einen kleinen Beitrag verlange. Evtl. 2 €, damit das Stadthaus einen Gestaltungsspielraum habe.

Stadträtin Schanz (SPD) erinnert daran, dass der Oberbürgermeister damals die Idee gehabt habe, den Titel "Kulturstadt an der Donau" zu verwenden. Dies sei herunter gebrochen auf diese zwei Projekte. Sie halte es trotzdem für wichtig, dass dies weitergeführt werde und zumindestens die Idee da sei.

Ihre Fraktion habe einen Antrag gestellt hinsichtlich der Restaurierung und Aufbereitung der Exponate im Archiv.

Erster Bürgermeister Czisch teilt hierzu mit, dass im Haushalt 20.000 € zur Sicherung bedrohter Dokumente veranschlagt seien.

Stadträtin Schanz (SPD) will noch wissen, ob bei der Stadtbibliothek durch die Gebührenerhöhung die Ausleihen drastisch zurückgegangen seien, wie vorhin angesprochen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) erklärt, es gehe nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um neue Zahlen. Dem Finanzzwischenbericht sei zu entnehmen, dass das Stadthaus zum 30. September 2010 das Jahressoll zu 123 % erfüllt habe. Da könne man nur sagen, weiter so.

Richtig sei, dass sich die "Kulturstadt an der Donau" mit anderen Fantasien verbunden haben. Im Prinzip mit der Durchdringung der Stadt hinsichtlich der Profilschärfung kultureller Potentiale. Dies bilde sich im Haushalt tatsächlich nicht ab. Es sei aber festzustellen, dass Profilschärfung stattfinde. Zwar nicht in dem globalen Sinne, aber indem man sich im Jahresrhythmus gewissen Themen widme.

2010 sei das Jahr des Roxy. Es sei gut, dass es gerettet worden sei. 2011 sei das Berblinger-Jahr, ein wichtiges profilschärfendes Element. 2012 kämen dann die Schwabenzüge mit den Themen Donau und Migration. Zu all diesen Events finde das entsprechende Marketing statt. Deshalb sei man hier auf einen profilschärfenden Zug aufgesprungen, der sich auch auszahle. 2015 sei die Münsterspitze 125 Jahre vollendet. Er habe Sympathie für den Vorschlag, die "Kulturstadt an der Donau" nochmals genauer zu betrachten und eine Gesamtstrategie zu entwerfen.

Das Museum sei der nächste Querschnittsbereich, den man angehen müsse. Wenn man im Februar ein Profil entdecke, das man begleiten wolle, dann sei es auch sinnvoll, den Haushaltstitel so zu lassen. Es seien aber nicht weniger Besucher, weil die Qualität schlechter sei, sondern man atme durch, weil 2009 eine große Ausstellung stattgefunden habe, die auch ein Schlusspunkt der Ära Dr. Reinhardt gewesen sei.

Dem Ulmer Zelt könne man gerne auch aus der Bürger Stiftung etwas zukommen lassen. Es habe mit positiven Ergebnissen von sich reden gemacht. Man könnte sich damit anfreunden, die Anschaffung eines neuen Zelts zu unterstützen.

Das kommende Jahr mit dem Berblinger-Jubiläum sei ein wichtiges Jahr. Man habe auch schon angeregt zu überprüfen, wie man die Friedrichsau mit dem Thema Berblinger dauerhaft bespielen könne und auch 2012 bis 2015 mehr stattfinden.

Für den Wegfall des "Luftkuss" könne adäquater Ersatz gefunden werden, wenn man das Motto "Fliegen, Bewegen, Schweben, Wasser" als dauerhaftes Thema aufnehme und ein Konzept erarbeite. Man könne auch an Kindertheater im Freien und an Bewegungsspiele denken. Er bitte Frau Mann hierzu kurz Stellung zu nehmen, falls hierfür 2011 weitere Mittel eingestellt werden müssten.

Stadtrat Grees (FWG) bringt vor, dem Stadtverband für Musik und Gesang gehörten 65 Vereine mit 3.500 Musizierenden und Singenden an. Der eingestellte Zuschuss habe sich zwar optisch erhöht, aber die Erhöhung sei linke Tasche, rechte Tasche. Es sei zwar sehr fair, dass die erhöhte Miete hier einkalkuliert worden sei, auf der anderen Seite habe man aber den Zuschuss gekürzt. Pro Musizierenden oder Singenden verbleibe ein Zuschuss von weniger als 10 € im Jahr.

Vorhin habe man von einem 25-jährigen Jubiläum und 25.000 € gesprochen. Hier gebe es für Jubiläen für jedes Jahr 5 € und keine 1.000 €. Die Vereine seien rein ehrenamtlich tätig. Es werde alles umsonst gemacht und es werde nichts bezahlt wie z.B. im Sport. Deshalb beantrage er, den Zuschuss um 10.000 € anzuheben.

Stadtrat Wischmann (FDP) merkt an, heute Morgen sei festgelegt worden, wer einen Zuschuss oder eine Ausgabe erhöhen möchte, solle sagen wo er es innerhalb des Fachbereichs wegnehmen wolle.

Mit der Forderung, mehr die freie Kultur zu fördern, habe Herr Stadtrat Mittelbach seine Sympathie. Bei knappen Kassen gehe dies aber nur, in dem man in anderen Strukturen etwas wegnehme.

Es sei gut, dass man im Frühjahr über das Museum sprechen wolle. Nicht um es zu schwächen, sondern um es zu stärken und attraktiver zu machen und vor allem die Einnahmeseite zu erhöhen.

Bei der Kunsthalle Weishaupt seien die Planzahlen von 250.000 € 2010 auf 130.000 € 2011 und beim Museum von 331.000 € auf 299.000 € heruntergegangen. Die für 2010 genannten Besucherzahlen und die Zahlen im Haushalt passten nicht zusammen. Er bitte, dies zu erläutern und insbesondere die Reduzierung der Einnahmen bei der Kunsthalle Weishaupt bei einem Ansatz von 60.000 Besuchern 2010 und 50.000 Besuchern 2011.

Die Leiterin der Hauptabteilung Kultur, Frau Mann, legt dar, man habe sich im Frühjahr 2008 gemeinsam unter dem Titel "Kulturstadt an der Donau" auf einen Kurs für die nächsten Jahre verständigt. Es seien bestimmte Profillinien festgelegt worden, an denen man konsequent arbeite. Eine davon sei das Thema Berblinger. Man setze Akzente, die wahrnehmbar seien und man sei dem Grundsatzbeschluss treu. Eine komplette Durchdringung der Stadtgesellschaft sei sicherlich noch nicht passiert, aber man arbeite an den einzelnen Bausteinen.

Bei der Diskussion über die Vorschläge für Sonderfaktoren habe man sich darauf verständigt, diese möglichst gering zu halten und nur da zu investieren, wo ein gewisser Zugzwang bestehe. Dadurch habe sich die Menge der Ansätze unter dem Titel "Kulturstadt an der Donau" entsprechend reduziert.

Sie wisse, dass die Wettbewerbsaustragung in Friedrichshafen nicht unumstritten sei. Das Berblinger-Jubiläum sei aber eine Aktivität, die von Anfang an schon durch die Wettbewerbsausschreibung ein Thema gewesen sei, um international die Aufmerksamkeit auf Ulm zu richten. Dies gelinge und es gebe Veröffentlichungen zum Wettbewerb in Asien und im englischsprachigen Raum. Man versuche im kommenden Jahr über das was man in Ulm mache, das Thema auch hierher zu lenken. Man bediene hier mehrere Ebenen. Inzwischen gebe es acht Bewerbungen für den Wettbewerb. Die Qualität der Einsendungen sei zwar unterschiedlich, aber man werde sich damit nicht blamieren.

Oberbürgermeister Gönner stellt heraus, erstens werde im Stadthaus eine große Ausstellung für die Ulmer Bürgerschaft stattfinden. Der zweite Schwerpunkt sei das Thema Flug. Nachdem Ulm keinen Flughafen habe, sei es eine ganz pragmatische Entscheidung gewesen, dass der dreistündige Flug in Friedrichshafen stattfinde. Der dritte große Kostenblock sei die Dokumentation und das Preisgeld.

Frau Mann fährt fort, man habe natürlich die Sorge des Gemeinderats aufgenommen. Zur Berblinger-Ausstellung werde es ein Begleitprogramm geben. Die Ausstellung laufe von Mai bis November und es seien immer wieder Veranstaltungen in Ulm, die das Thema aufgriffen. Man vermittele das Thema auch mit dem Jubiläumsjahr der Friedrichsau.

Zum Thema "nachhaltige Aktivitäten in der Friedrichsau": Der Gemeinderat sei hinsichtlich einer permanenten Bespielung eher zurückhaltend gewesen. Es werde in den nächsten Wochen eine Ausschreibung zum Thema Kinderprogramm in der Au geben. Die inhaltlichen Vorschläge stelle man im Februar mit den Anträgen zur Projektförderung vor.

Im Jubiläumsprogramm Friedrichsau seien 8.000 € für den Beitrag des Ulmer Zelts vorgesehen.

Oberbürgermeister Gönner stellt fest, zusammen mit den 7.000 € von der Bürger Stiftung seien dies 15.000 €. Die Zuschussreduzierung beim Stadtverband für Musik und Gesang sei Teil des Konsolidierungsbeitrags 2011 und vom Fachbereichsausschuss schon beschlossen worden. Der Fachbereichsausschuss könne den Beschluss umwerfen, indem er diesen Betrag an einer anderen Stelle einspare.

Herr Eh zeigt im Zusammenhang mit den angesprochenen Planzahlen beim Museum und der Kunsthalle Weishaupt auf, dass bei der Entwicklung der Gebührenhaushalte die Gesamteinnahmen und Erträge in diesen Bereichen dargestellt seien.

Auf Nachfrage von Stadtrat Wischmann (FDP) bestätigt er, dass es sich um einen Fehler in der Darstellung handle. Die Leistungskennzahlen Plan 2010 und Einnahmen 2010 korrespondierten nicht miteinander.

Erster Bürgermeister Czisch ergänzt, bei der Kunsthalle Weishaupt sei im ersten Jahr ein

größerer Ansturm gewesen. Man habe damals gesagt, nach zwei oder drei Jahren sei Regelbetrieb und dann passe man auch die Einnahmenseite an.

Für Oberbürgermeister Gönner sind in einer zweiten Diskussionsrunde noch drei Themen zu beleuchten. Erstens der Eindruck, dass in der Kultur nicht viel geschehe. Dem könne man widersprechen, indem man in die letzten zehn Jahre sehe. Man habe in dieser Zeit eine neue Zentralbibliothek gebaut, das Stadtbad in eine neue Musikschule umgewandelt, einen Museumsenerweiterungsbau für die Sammlung Fried errichtet, ein Haus der Stadtgeschichte gebaut und das Donauschwäbische Zentralmuseum etabliert. Auch habe man die vH und die Familienbildungsstätte saniert. In kulturelle Gebäude und damit in das kulturelle Leben habe man über 50 Mio. € investiert. Dies könne man doch positiv abhaken.

Der zweite Punkt sei, dass man gesagt habe, trotzdem wolle man mehr. Es sei ein Konzept "Schwerpunktveranstaltungen" erarbeitet worden. Man lasse sich nicht einseitig auf etwas festlegen, sondern die Schwerpunkte wechselten. Es müsse aber ein Ulmer Ansatz oder Anlass gegeben sein. 2015 feiere man die Vollendung des Münsterturms. Da dies eine Millionen-Veranstaltung sei, verschnaufe man 2013 und 2014 etwas, denn unter 3 Millionen laufe hier nichts. 2015 feiere man auch 500 Jahre städtisches Archiv. 2014 jährt sich zum 100. Mal der Beginn des Ersten Weltkriegs, zum 75. Mal der Beginn des Zweiten Weltkriegs und am 17. Dezember die Zerstörung Ulms zum 70. Mal. Die Kosten hierfür gingen in die tausende. Es dürfe nicht vergessen werden, dass sich der Fachbereich Kultur auch in Konkurrenz mit anderen sehe.

An den Schwerpunkten des Museums werde nicht gerüttelt. Denn der Schatz seien Kunst und Altertum und Museen seien nicht die Degeneration von Eventveranstaltungen. Sondern die Schätze würden präsentiert. Der zweite Schatz sei die Moderne. Wobei man hier nicht übertrieben konzipieren und komplizieren müsse, weil man zwei Geschenke erhalten habe: Die Stiftung Fried und für viel Geld habe die Familie Weishaupt eine Kunsthalle gebaut, die mit einem Steg mit dem Museum verbunden worden sei. Zusammen mit dem Stadthaus seien es drei Kunsthallen. An Kunsthallen sei Ulm gesättigt und für den Löwenmenschen brauche man auch keine neue Kunsthalle. In der Klausurtagung könne man die Stärken des Museums zusammentragen und schauen, wo man kooperieren könne und was man hierfür für eine Person brauche.

Stadtrat Eichhorn (FWG) sagt hierauf, dies sei alles richtig. Von Herrn Stadtrat Milde sei aber nicht in Frage gestellt worden, was man habe. Sondern seine Fraktion meine, man habe nur 30.000 € freie Mittel, die man für Projekte geben könne. Wenn jemand mit einer Superidee komme, habe man kein Geld für die freie Kulturszene.

Stadtrat Wischmann (FDP) vertritt die Auffassung, Kultur lebe von Veränderungen. Sonst werde aus Kultur sehr schnell Folklore. Insofern müsse man mehr Freiräume schaffen für Neues. Da er dagegen sei, den Kulturhaushalt zu vergrößern, heiße dies für ihn zu prüfen, wo man evtl. auch alte Zöpfe abschneiden könne. Wo man auf Dinge verzichten könne, die nicht mehr so viele neue Impulse geben und hierfür sehe er in diesem Kreis eine Mehrheit.

Stadträtin Kühne (SPD) sagt, als der Begriff "Kulturstadt an der Donau" eingeführt worden sei, vielleicht als Vorstufe einer "Kulturhauptstadt", sei sie davon ausgegangen, dass man so wahrgenommen werden wolle. Und zwar von außen und nicht von innen. Dass man

diesen Anspruch von innen einlöse, sehe man an diesen Summen. Von außen werde man wahrgenommen, aber nicht so wie man meine, sondern in der Baukultur mit der Neuen Mitte. Oder auch mit dem Thema Car2go. Letztlich sei es auch Kultur, wie eine Gesellschaft Innovationen und eine neue Art sich zu bewegen adaptiere.

Man dürfe nicht am Begriff "Kulturstadt an der Donau" hängen bleiben, weil man nicht wisse, was man damit wolle und müsse die anderen Dinge, die inzwischen entstanden seien, verwerten. Es müsse eingearbeitet werden und sei es durch die Marketingaktivitäten.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) greift auf, jemand habe gesagt, man müsse Bundesliganiveau erreichen. Beim Museum wäre es sinnvoll, die Museumsleitung zu berufen und das Museum entsprechend aufzustellen. Trotzdem sei es richtig, nach den Zielen für die Zukunft zu fragen. Seit Jahren habe das Museum keine Mittel für den Ankauf von Kunstwerken mehr. Allein die Versicherungsprämien seien so hoch wie Neuanschaffungen. Es sei die Frage, auf was man sich konzentriere, auf die Altertumsfunde in der Region oder auf die Kunst des 21. Jahrhunderts.

Dass Ulm eine Stadt mit drei Kunsthallen sei, sei dem guten Klima für Stifter zu verdanken. Es sei richtig zu sagen, dass das Potential für weitere Kunsthallen vorhanden sei. Im Blick auf die nächsten zehn Jahre sei das Thema HfG noch nicht ganz abgearbeitet. Auch das Thema Altertumsfunde nicht und ein weiteres Thema beim Aufgreifen von Potentialen sei die Industriegeschichte.

Bei der Musik - Neue Musik und Alte Musik - habe man interessante Entwicklungen. Barockopern würden vom Theater in Kooperation und mit wenig Mitteln in hoher Qualität aufgeführt. Mit dem Thema Neue Musik beschäftige man sich nach wie vor bei der Konsolidierung. 2012 müsse ein Beschluss gefasst werden.

Was man für 3.500 Musiktreibende verteilt habe sei wirklich jämmerlich. Es sei darüber nachzudenken, ob man dies erhöhe.

Für das Ulmer Zelt seien schon 15.000 € vorgesehen. Deshalb könnte man sagen, für das Zeltdach 10.000 € drauf zu geben aus einem Topf, den der Oberbürgermeister vorschlage.

Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) möchte zur Diskussion stellen, ob die genannten Schwerpunktveranstaltungen nicht zum Teil die Nachhaltigkeit vermissen ließen. Es sei eine Grundsatzentscheidung, ob man mit den vorhandenen Mitteln mehr Saat ausbringe oder mehr teure Blumen ins Fenster stelle. Oder ob man etwas mehr Finanzmittel in die Hand nehme, um vielleicht Unwägbares auf den Weg zu bringen. Um die freie Kultur zu fördern, müssten natürlich alte Zöpfe abgeschnitten werden.

Beim Museum gehe es darum zu sagen, ob der Anspruch Bundesliga sei oder ob man sage, man habe ein schönes Museum und bleibe in der Zweiten Liga.

Oberbürgermeister Gönner stellt fest, er habe den bisherigen Worten entnommen, dass das was man habe, hergerichtet und solide sei und eigentlich das Wort der Kulturstadt definiere: Viele gute Kultureinrichtungen mit einer guten Ausstattung. Die Lokalisierung "an der Donau" sage aus, dass dies nicht nur mit der Stadt allein, sondern auch mit der Donau zu

tun habe.

Man habe ein "Schaufenster" für die Ulmer Bevölkerung und für die Gäste. Die Überlegung bei den Schwerpunktveranstaltungen sei immer gewesen, dass es zunächst eine Binnenwahrnehmung und Identitätsstiftung und gleichzeitig eine Strahlkraft nach außen habe. Dabei gehe man immer etwas das Risiko ein, ob das Publikum dies auch so wahrnehme. Je weiter man nach außen gehe, desto mehr koste es. Car2go sei aber der Stadt geschenkt worden.

Er habe jetzt mitgenommen, dass man etwas Geld brauche, um die örtlichen Künstler mehr zu fördern. Es gebe eine Jury, die permanent überlege, was man abschneiden und neu machen könne. Hier sei der Ausschuss auf einem guten Weg, dieses System sei doch angekommen.

Der Ankaufsetat beim Museum sei bescheiden. Hier komme aber entgegen, dass man mit der Stiftung Fried eine tolle Sammlung habe und die Sammlung Weishaupt Kunstwerke ausstelle, ohne dass man den eigenen Ankaufsetat plündern müsse.

Mehr Freiräume zu haben, werde definiert über mehr Geld. Dies bedeute, im Kulturbudget alte Zöpfe abzuschneiden oder Mittel umzuschichten. Eine Budgeterhöhung ginge aber zu Lasten anderer Fachbereiche.

Bei der Klausurtagung am 4. Februar 2011 zum Museum werde sich der Ausschuss auch mit den Verträgen mit der Familie Fried und der Familie Weishaupt zu beschäftigen haben. Weiter mit dem Thema Haus der Stadtgeschichte und Museum. Wobei er es Herrn Professor Wettengel nicht antun wolle, dass er Chef der Abteilung Kunst und Altertum und im Museum werde. Dass die städtischen Einrichtungen miteinander kooperierten, sehe er aber als selbstverständlich an.

Zum Thema Stifter und private Mäzene erinnere er an Professor Burri und seine Stiftung. Fast jeder Skulpturenpfad in dieser Stadt sei seiner privaten Initiative zu verdanken. So etwas sei herzlich willkommen. Er habe nichts dagegen, wenn sich eine neue Museumsdirektorin oder ein neuer Museumsdirektor dem Thema "Kunst im öffentlichen Raum" als Werbeträger für das Museum widme. Als Partner für Private, die hier einsteigen könnten.

Nachdem Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) darauf hinweist, dass sein Antrag zum Ulmer Zelt noch nicht erledigt sei, gibt Oberbürgermeister Gönner zu bedenken, das Jubiläum 50 Jahre Junge Bläserphilharmonie werde mit 10.000 € bezuschusst, 15.000 € erhalte das Ulmer Zelt.

Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) verdeutlicht, es gehe ihm um frei verfügbare Finanzmasse für das Ulmer Zelt. Er stelle den Antrag, hierfür 10.000 € zu gewähren.

Oberbürgermeister Gönner bittet, bis zum Ende der Beratung zu überlegen, wo innerhalb des Fachbereichsbudgets ein Deckungsvorschlag zu machen sei. Bis dahin werde dieser Antrag zurückgestellt.

Stadträtin Malischewski (FWG) erklärt noch zum Thema Museum, die FWG-Fraktion sei bis

auf eine Person gegen den Erweiterungsbau für die Sammlung Fried gewesen. Man habe den Eindruck gehabt, dass man dadurch blockiert sei und dieser Eindruck habe sich verfestigt. Die Sammlung Fried könnte doch im Rahmen der Kooperation mit Städten an der Donau auf Wanderschaft gehen, um etwas Luft zu haben. Im Gegenzug könnten die Städte an der Donau mit einer Ausstellung ans Ulmer Museum kommen.

Sie bitte, bis Februar zu klären, ob man nach den Verträgen in diesen Räumen keine anderen Objekte ausstellen dürfe.

Oberbürgermeister Gönner sagt zu, dies zu klären. Die dauerhafte Präsentation der Sammlung Fried sei eine vertragliche Verpflichtung gewesen. Diese Verpflichtung sei durch den Beschluss des Gemeinderats zum Erweiterungsbau eingelöst worden. Hinsichtlich der Präsentation gebe es einen Vertrag, an den man sich selbstverständlich halte. Die Stadt Ulm sei absolut vertragstreu. Dies gelte auch für künftige Fälle, wobei jeder Vertrag Interpretationsmöglichkeiten biete. Dies sei dann aber im Einzelfall zu regeln.

Herr Wehrberger (Kommissarischer Leiter des Ulmer Museums) ergänzt, die Sammlung Fried sei immer nur in Teilen ausgestellt. In Absprache mit Frau Fried sei es durchaus denkbar, Teile dieser Sammlung auch auf Wanderschaft zu schicken. Solche Überlegungen gebe es und man habe z.B. schon das ganze Erdgeschoss für die große Landesarchäologieausstellung in Ulm genutzt. Er sehe hier kein Blockierungsproblem.

Stadträtin Malischewski (FWG) stellt heraus, dass Frau Fried und die Vertreter der Stadtgesellschaft alle dasselbe wollten: Dass das Museum attraktiv sei und mehr Besucher bekomme.

Im weiteren Verlauf der Beratung schlägt Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) bezüglich seines Zuschussantrags für das Ulmer Zelt vor, die 75.000 € Wenigerausgaben Sonderfaktor 2010 "Weg in die Moderne" des Stadtarchivs zur Deckung zu verwenden.

Erster Bürgermeister Czisch stellt klar, dies sei nicht möglich, weil mit diesen Mitteln in 2010 eine Sonderausstellung stattgefunden habe. Dieser Sonderfaktor werde jetzt für 2011 wieder abgezogen.

Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) schlägt weiter vor, im Sinne des Solidaritätsprinzips Mittel des Stadthauses zur Deckung vorzusehen, nachdem das Stadthaus über 100 % bei der Plansoll-erfüllung liege.

Oberbürgermeister Gönner gibt zu bedenken, dass das Stadthaus einen Budgetvertrag habe und sein Guthaben in das nächste Jahr übertragen könne. Also würde man in die Budgetvereinbarung eingreifen.

Erster Bürgermeister Czisch fügt an, rechtlich wäre dies möglich. Das Stadthaus müsste seinen Budgetüberschuss dafür solidarisch geben. Aber dies sei auch Sache des Kulturausschusses und der Kulturabteilungen.

Herr Gerstenberg (Controller für den Fachbereich Kultur) macht darauf aufmerksam, dass der Budgetvertrag des Stadthauses eine Besonderheit habe, weil das Stadthaus aus dem

Budgetüberschuss die Veranstaltungen des nächsten Jahres finanziere müsse. Mittel, die man hier wegnehme, fehlten dann beim Festival für neue Musik. Deshalb sei das Stadthaus die schlechteste Variante.

Stadtrat Mittelbach (GRÜNE) erklärt, dass er diesen Vorschlag zurücknehme.

Oberbürgermeister Gönner schlägt daraufhin ohne Widerspruch vor, er werde mit Herrn Stadtrat Rivoir, dem Vorsitzenden der Freunde des Ulmer Zelts, reden. Mit einer gemeinsamen Werbeaktion könne man über diesen Verein 10.000 € zusätzlich erbringen. Jeder Stadtrat könne hier etwas spenden und er selbst werde sich auch um Spender bemühen.

Stadträtin Malischewski (FWG) merkt an, es gehe auch bei dem Antrag von Herrn Stadtrat Grees zum Stadtverband für Musik und Gesang um 10.000 €.

Oberbürgermeister Gönner macht klar, dass der Ausgangspunkt eine Konsolidierung sei, die der Fachbereichsausschuss beschlossen habe. Es könne der Antrag gestellt werden, den Konsolidierungsbeitrag zu streichen und einen anderen Bereich im Budget zu belasten.

Erster Bürgermeister Czisch stellt fest, dass es ein Sündenfall wäre, wenn der Fachbereichsausschuss eine Konsolidierungsliste beschließe und dann in den Haushaltsplanberatungen einige Teile herausgreife und einen Sonderfaktor daraus mache.

Stadtrat Wischmann (FDP) teilt mit, Frau Mann habe damals erläutert, dass diese Liste im Vorfeld mit den Freien Kulturträgern vorbesprochen worden sei. Einzelne Punkte seien herausgenommen worden, weil es dort Budgetvereinbarungen oder andere Sondersituationen gegeben habe. Den anderen Zuschussempfängern habe man gleich viel vom Zuschuss weggenommen. Wenn man diesen Punkt wieder aufnehme, dann kämen auch andere und wollten mehr haben.

Nachdem aus der Mitte des Ausschusses ein vor zwei Jahren veranschlagter Sonderfaktor für das Singen an Kindergärten angesprochen wird, sagt Stadtrat Grees (FWG), die Mittel, die dafür eingesetzt worden seien, seien deshalb so zäh abgeflossen, weil die Kinderpflegerinnen hier sehr schwerfällig gewesen seien.

Frau Mann bestätigt, dass sich die Euphorie zunächst in Grenzen gehalten habe. Aber jetzt flössen die Mittel ab. Es habe eine gewisse Anlaufzeit gebraucht. Die Aktion werde Ende dieses Jahres abgeschlossen und dann gebe es einen kleinen Bericht.

Stadtrat Bühler (FWG) kommt auf den Zuschuss für den Stadtverband für Musik und Gesang zurück und regt an, bei den Mietkosten etwas zu machen.

Oberbürgermeister Gönner erwidert, dass dies zu Lasten der Abteilung Bildung und Sport ginge. Des Weiteren gehe es beim Stadtverband um eine Kürzung um 1.976 € aufgrund der Konsolidierung.

Frau Mann ergänzt, insgesamt seien es 2011 und 2012 knapp 4.000 €.

Oberbürgermeister Gönner spricht sich dafür aus, den veranschlagten Zuschussbetrag so zu

belassen.

Stadtrat Grees (FWG) erklärt zur Begründung seines Antrags, letztes Jahr seien es 104.000 € Zuschuss gewesen. Wenn jetzt diese 2.000 € abgezogen würden, stünden noch rd. 102.000 € zur Verfügung. Davon seien etwa 75.000 € für Probenräume. Es bleibe ein freier Zuschuss von nicht ganz 30.000 €. Dieser werde für die Beschaffung von Instrumenten für die jungen Leute und als Zuschuss für die großen Konzerte verwendet. Eine weitere Kürzung der Mittel führe hier zu einer schlechteren Qualität.

Oberbürgermeister Gönner betont, wenn man bei einer Einrichtung etwas ändere, dann würden morgen alle anderen vorstellig.

Erster Bürgermeister Czisch vertritt die Auffassung, die Aussage von Herrn Stadtrat Grees richte sich gegen den Kulturausschuss selbst. Denn es sei offensichtlich Konsens gewesen, dort 4.000 € herauszustreichen.

Stadtrat Grees (FWG) erklärt, er ziehe den Antrag zurück und man werde nächstes Jahr schon bei Zeiten aktiv werden.

II. Teilfinanzhaushalt

Oberbürgermeister Gönner merkt zu den aufgeführten Investitionen an, dass der Schwerpunkt bei der Theatersanierung liege.

Aus der Mitte des Ausschusses wird hierzu das Wort nicht ergriffen. Einzelne Investitionsvorhaben werden im Rahmen des Teilergebnishaushalts angesprochen (siehe Ziffer I dieser Niederschrift).

III. Zuschussverzeichnis

Das Zuschussverzeichnis wird im Rahmen des Teilergebnisplans besprochen (siehe Ziffer I dieser Niederschrift). Insbesondere geht es dabei um folgende Zuschüsse:

Produktgruppe 2810-510 Sonstige Kulturpflege

Verein zur Förderung der Freien Kultur Ulm e.V., Ulmer Zelt

Stadtverband für Musik und Gesang e.V.

Oberbürgermeister Gönner hält abschließend - ohne Widerspruch - als einstimmige Empfehlung an den Gemeinderat fest, den Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt sowie die Zuschussliste für den Fachbereich Kultur unverändert zu beschließen.

OB, BM 1 (2), BM 2, BM 3, R 2, C 2, GPR, ZS/P, OV (8), AR, BI, KA, MS, MU, SH, TH, GM, ZS/F, RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt
des Gemeinderats
vom 1. Dezember 2010

öffentlich

§ 373

Vorberatung des Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalts für das Haushaltsjahr 2011 für den
Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt

Die den Mitgliedern des Gemeinderats zur Beratung übersandten Unterlagen sind in der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 01. Dezember 2010 (§ 376) aufgeführt.

Der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh., stellt die wesentlichen Neuerungen und Änderungen des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) dar.

Stadtrat Dörfler (CDU) führt zu Beginn aus, trotz Finanz- und Wirtschaftskrise habe man in Ulm viele Großprojekte auf den Weg gebracht. Dazu kämen zahlreiche mittlere und kleinere Baumaßnahmen. Er möchte sich im Namen seiner Fraktion bei allen Mitarbeitern, die dies ermöglicht haben, bedanken. Er persönlich möchte auch von den Bewohnern am Kuhberg für die Ampelanlage am Kuhberg sowie für das Nahversorgungszentrum am Römer Park Dank aussprechen. Dass manche Projekte in der Realisierungsphase sehr lange Zeit beanspruchen, liege nicht immer an der Stadt.

2011 werden wieder eine ganze Reihe Projekte weiterentwickelt. Die Großprojekte schlagen sich in den Masterplänen nieder. Diese Projekte seien für die Stadt und das ganze Oberzentrum wichtig. Man müsse auch gute Rahmenbedingungen für Gewerbeansiedlungen schaffen. Nach wie vor sei die Gewerbesteuer, die wichtigste Steuereinnahme der Stadt. Darauf könne man nicht verzichten.

Stadträtin Kühne (SPD) macht deutlich, dass man große Projekte nur in Zusammenarbeit mit Anderen umsetzen könne. Es sei auch wichtig, dass man die Bereitschaft von Investoren mobilisiere, damit hier Investitionen getätigt werden.

Stadtrat Bühler (FWG) legt anhand des § 24 GemO die Stellung des Gemeinderates dar. Man wisse sehr wohl, dass man die Eckdaten beschlossen habe. Die Eckdatenbeschlüsse seien jedoch unter anderen Voraussetzungen gefasst worden wie sie jetzt vorliegen.

Der Haushalt sei nicht nur Ausfluss dessen, was man das ganze Jahr berate. Der Haushalt beinhalte auch Vorschläge der Verwaltung. Jetzt sei es Aufgabe des Gemeinderats, diese Vorschläge zu bewerten. Der Gemeinderat habe auch das Recht, diese Vorschläge zu verwerfen und andere Prioritäten zu setzen.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) dankt für die geleistete Arbeit. Er merkt an, dass viele Städte froh seien, dass sie den Unterhalt ihrer Gebäude schultern können. Viele Städte könnten keine neuen Baumaßnahmen durchführen. In Ulm sei dies anders. In Ulm werde sehr viel gebaut. Ulm sei offensichtlich eine Ausnahme in der bundesweiten Bauwüste.

Er halte es für wichtig, bei den Baugebieten vor der Vermarktung den Markt zu erkunden. Er spricht hier z.B. die Energieversorgung im Lettenwald an.

Er spricht der Bauverwaltung ein Lob aus, sie sei schneller und flexibler als früher.

Bürgerbeteiligung

Stadträtin Kühne (SPD) bringt vor, dass es in Ulm eine gute Bürgerbeteiligung gebe. Sie führt hier z.B. den Verkehrsentwicklungsplan an.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) fordert, dass die Bürgerbeteiligung bei großen Projekten von Anfang an angegangen werde.

Stadtrat Keppler (CDU) entgegnet, dass es in Ulm eine ausgezeichnete Bürgerbeteiligung bei Baumaßnahmen gebe. Er möchte hier nur stellvertretend den Neubau der Neuen Straße nennen.

Stadtrat Dörfler (CDU) spricht die Bürgerbeteiligung bei den Bebauungsplänen an und legt das Verfahren dar. Hier könne sich der interessierte Bürger einbringen. Man sollte bei diesem bewährten Verfahren bleiben. Bis vor zwei Jahren sei Stuttgart 21 von allen Fraktionen mitgetragen worden. Wenn der Stuttgarter Bürger Interesse gehabt hätte, hätte er sich bereits früher einbringen können.

Stadtrat Eichhorn (FWG) ärgert, dass immer nach mehr Bürgerbeteiligung gerufen werde. Die Bürger beteiligen sich aber immer erst dann, wenn sie selber betroffen seien und dies immer nur aus Eigeninteresse. Er vermisse einen Gesamtblick.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) legt dar, wenn die GRÜNEN konsequent wären, dann müssten sie auch, wenn sie gegen Stuttgart 21 seien, auch den City-Bahnhof in Ulm ablehnen.

Stadtrat Pflüger (SPD) merkt an, bei der Öffentlichkeitsarbeit habe man in Ulm einen sehr guten Weg gefunden, den sollte man auch weiter gehen. Man könne natürlich die Öffentlichkeitsarbeit auch übertreiben.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Gönner, bringt vor, dass man aus den Erfahrungen Konsequenzen gezogen habe. Die Grenzen der Beteiligungen seien auch sichtbar. Man habe vor vielen Jahren gesagt, man baue die Nordtangente, um eine Entlastung für die Karlstraße zu erreichen. Dann haben die Personen, die für die Entlastung der Karlstraße waren, den Bau der Nordtangente abgelehnt.

Bürgerbeteiligung bedeute nicht, dass sich alles in Luft auflöse. Bei der Bürgerbeteiligung werde auch klar, dass es unterschiedliche Interessen geben müsse. Der einzig runde Tisch in Ulm sei der Ratstisch. Bei aller Würdigung von unterschiedlichen Interessen, die sich natürlich gegenüber stehen, gebe es eine legitimierte Instanz und dies sei in Ulm der Gemeinderat. Er halte eine Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung für zwingend notwendig, auch wenn man in Ulm gute Erfahrungen vorweisen könne. Die neuen Medien seien hier einzubeziehen.

Bürgermeister Wetzig führt aus, Ulm brauche keine Nachhilfe in Sachen Bürgerbeteiligung. Man betreibe seit über 20 Jahren eine gute Bürgerbeteiligung. Wenn die Stuttgarter hier so vorgegangen wären, wie es Ulm mache, dann hätte Stuttgart die vielen Probleme, die es zur Zeit gebe, nicht. In Ulm habe man mit dem Neubau der Neuen Straße ein vergleichbares Projekt gehabt. Bevor bei der Neuen Straße ein Plan an die Wand gehängt wurde, habe man über 3 ½ Jahre einen öffentlichen Diskussionsprozess in der Stadt geführt.

Beim City-Bahnhof-Projekt habe man als erste Baumaßnahme einen Infopavillon realisiert. Dieser sei für die Bürgerinformation und -kommunikation.

Das Problem sei, dass sich die Öffentlichkeit immer erst kurz vor der Ziellinie für Projekte interessiere. Trotzdem betreibe man in Ulm immer rechtzeitige und umfassende Kommunikation. Er bringt hier als Beispiel neben der Neuen Straße auch den Bau der Stadtbibliothek an. Die letztendliche Entscheidung über ein Projekt werde aber am Ratstisch vom Gemeinderat getroffen.

Produktgruppe 1124-711 Zentrales Gebäudemanagement - Aufwendungen für Reinigung

Stadtrat Bühler (FWG) bittet darzulegen, was mit der 1 Mio. €, die bei der Reinigung künftig eingespart werden könne, passiere.

Erster Bürgermeister Czisch verweist auf die Sitzung des Fachbereichsausschusses Stadtentwicklung, Bau und Umwelt am 07. Dezember 2010.

Effizientes und nachhaltiges Bauen

Stadtrat Bühler (FWG) ist der Meinung, dass man stärker ein Auge auf effizientes und nachhaltiges Bauen werfen müsse.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) regt an, dass z.B. beim Bau von Kindertageseinrichtungen Standards in Zusammenarbeit der beiden Fachbereichen Stadtentwicklung, Bau und Umwelt sowie Bildung und Soziales erarbeitet werden sollen.

Bürgermeister Wetzig führt aus, dass man hier gerne den Ball aufgreife und projektbezogen Raumprogramme in Zusammenarbeit Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt und Fachbereich Bildung und Soziales beraten könne.

Produktgruppe 5220-740 Wohnungswesen

Stadträtin Weinreich (GRÜNE) bringt für ihre Fraktion vor, dass sie heute etwas zum Wohnungswesen vermisste. Wenn sie den vorliegenden Haushalt richtig deute, habe die Stadt beim geförderten Mietwohnungsbau in den letzten Jahren außer Bestandswahrung nichts mehr unternommen. Man habe 2.200 geförderte Wohnungen im Bestand. In den folgenden Jahren sei hier nichts geplant, mit Ausnahme von 45 großen Wohnungen, die über das Landeswohnungsbauprogramm finanziert werden. Seit Auslaufen der großen Programme Ende der 90er Jahre seien in Ulm keine wesentlichen Vorhaben mehr realisiert worden. In anderen Städten sei dies anders. Heidelberg, Tübingen, Mannheim, Konstanz und Stuttgart haben alle Programme zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum, die größtenteils aus den städtischen Haushalten gespeist werden. Alle Städte haben hier den Anspruch einer sozialgerechten Baulandnutzung. Gerade im Hinblick auf die neuen Baugebiete gelte es in Ulm ein Instrument zu entwickeln, mit dem eine bunte und vielfältige Wohnbevölkerung erhalten bzw. geschaffen werden könne. Man hätte bereits für den vorliegenden Haushalt gewünscht, dass hier Mittel dafür eingestellt wären, auch wenn dafür andere Projekte gestrichen werden müssten. Den Ausbau des Mittleren Rings lasse man sich z.B. bis 2015 über 15 Mio. € kosten. Mit einem Teil davon ließen sich etliche Wohnungen realisieren. Man gebe deshalb für den nächsten Haushalt den Auftrag, Mittel für geförderten Mietwohnungsbau einzuplanen.

Stadtrat Eichhorn (FWG) entgegnet, dass in Ulm in den letzten Jahren fünf bis sieben Industrieareale in Wohngebiete umgewandelt wurden.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) macht deutlich, in der Weststadt sei das Projekt "Soziale Stadt" umgesetzt worden. Die Ulmer Wohnungs- und Siedlungs-Gesellschaft mbH habe über 6.000 Wohnungen in ihrem Portfolio. Weiter gebe es Geschößwohnungsbau von Investoren. In Ulm gebe es relativ günstiges Bauland. Wer in Ulm sich keine Wohnung leisten könne, dem werde geholfen. Er vermisse deshalb kein Wohnungsbauförderprogramm.

Stadtrat Pflüger (SPD) spricht ein Lob für den Wohnungsbau in Ulm aus. Er könne durchaus den Wunsch verstehen, jedoch sei der Haushalt am Anschlag. Die GRÜNEN haben mit ihrer Entscheidung, die Multifunktionshalle mitzutragen, auch zur schlechten Haushaltslage beigetragen. Man kann sich nicht alles leisten und müsse deshalb Prioritäten setzen.

Stadtrat Dörfler (CDU) legt dar, dass die Stadt Ulm Bauerwartungsland kaufe und diese Grundstücke dann relativ billig weiter gebe. Das sei ein Erfolg Ulms. So konnte Ulm als einzige Stadt neben Baden-Baden einen Zuwachs bei der Bevölkerung erreichen.

Oberbürgermeister Gönner führt aus, die bisherige Wohnungsförderung sei über die

Grundstückspolitik erfolgt. Er habe kein Problem, wenn die Grundstückspolitik herausgenommen werde und in die Förderung von Wohnungsbau gestellt werden solle. Er könne hier aber nur abraten. Jeder Ausschuss habe im Rahmen seines Budgets zu operieren. Im Rahmen dessen könne der Gemeinderat selbstverständlich umsteuern. Der Grundstückstopf betreffe aber den Hauptausschuss.

Man mache die Wohnungsförderung über die Grundstückspolitik. Seit 100 Jahren werde in Ulm eine Grundstückspolitik betrieben, die ihres gleichen suche. Sie sei die sozialste Politik, die es gebe. Die Stadt kaufe die Grundstücke, erschiefe sie und verkaufe sie zu sozialen Preisen. Dies sei Sozialpolitik und nicht Subvention aus dem städtischen Haushalt. Wenn die GRÜNEN diese Grundstückspolitik aufkündigen wollen, dann müssen sie dies sagen. Dies würde allerdings ein Paradigmenwechsel bedeuten. Im Frühjahr 2011 werde eine Wohnungsbaudebatte stattfinden.

Bürgermeister Wetzig bringt vor, dass andere Städte durchaus Förderprogramme brauchen, um die hohen Grundstückspreise zu kompensieren. Ulm liege im Mietspiegel sehr gut, im Vergleich zu Tübingen, Freiburg oder Stuttgart. In der Weststadt wurden in den letzten 10 Jahren, auch mit städtischen Mitteln, weil bei jeder Sanierung 40 % aus dem städtischen Haushalt kommen, über 1.000 Wohnungen saniert. In Ulm werde sehr viel für preisgünstigen Wohnraum getan.

Produktgruppe 5110-740 Lärm- und Luftschutz

Stadtrat Dörfler (CDU) stellt dar, dass man am Kuhbergring mit geringen Maßnahmen bereits Erleichterung schaffen könnte.

Stadtrat Bühler (FWG) merkt an, beim Lärm- und Luftschutz habe man genug diskutiert, jetzt müsse man hier Maßnahmen umsetzen. Man müsse am Hindenburgring/B 10 mit einem Teilstück beginnen. Es sei klar, dass man jetzt hier keine Millionenbeträge einsetzen könne und den kompletten Lärmschutz von der Adenauer Brücke bis zum Zigeunerfelsen realisieren könne.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) bittet, bezüglich der Kontrolle des selektiven Durchfahrtsverbotes für Lkw an der B 10 darzustellen, wie dies erfolge und regt hier die Einrichtung eines Runden Tisches in Zusammenarbeit Bürgerdienste, Polizei sowie Vertretern der Fraktionen an.

Oberbürgermeister Gönner entgegnet, die Kontrolle des selektiven Durchfahrtsverbotes betreffe den Bereich der Bürgerdienste.

Weiter legt Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) dar, dass man bei der Ausweisung von Neubaugebieten grundsätzlich diskutieren müsse, ob es sinnvoll sei, Anbindungsstraßen zu überörtlichen Straßen durch ein Baugebiet zu machen. Sie spricht hier im speziellen die Anbindung des Lettenwaldes an die B 19 an.

Sie sei der Meinung, dass der Anteil des MIV zugunsten des ÖPNV zurückgedrängt werden müsse. Es sei wichtig, hier Alternativangebote zu machen.

Stadtrat Keppler (CDU) bringt bezüglich des Durchgangsverkehrs auf der B 10 vor, vielleicht gelinge es durch Verkehrssteuerungen eine Reduzierung des Verkehrs zu erreichen. In der Folge könne man dann den aktiven Lärmschutz umsetzen.

Stadtrat Dr. Reck (FWG) regt an, mit einem Teil des Lärmschutzes zu beginnen und dann verteilt über die nächsten fünf Jahre jedes Jahr einen Teil zu realisieren.

Bürgermeister Wetzig legt zum Lärmaktionsplan dar, dass dies ein laufendes Projekt sei. Jetzt werden keine Maßnahmen umgesetzt, außer man stelle einen siebenstelligen Betrag zur Verfügung. Man hatte an der B 10 einen Lärmschutzwall im Rahmen des Konjunkturprogramms 2 geplant, dies sei aber nicht möglich gewesen umzusetzen. Die erforderlichen Beträge übersteigen die finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushaltes. Jedoch habe man bereits etwas erreicht, z.B. durch das selektive Durchfahrtsverbot. Weiter sei geplant, eine Geschwindigkeitsreduzierung einzuführen. Er schlage vor, bei der nächsten Beratung des Lärmaktionsplans die einzelnen Abschnitte mit den Kosten vorstellen.

Oberbürgermeister Gönner hält es für wichtig, für die gesamte Stadt einen Lärmschutzplan aufzustellen und dann eine Prioritätenliste über 10 Jahre aufzustellen. Wenn dies gemacht sei, müsse man klären, wo das Geld herkommen solle.

Stadtrat Walter (CDU) regt an, bei der Sanierung der zweiten Tunnelröhre am Hindenburg-ring mit dem Lärmschutz zu beginnen.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) hält ein Förderprogramm für Lärmschutzfenster für eine Alternative. Die Bürger wollen endlich sehen, dass man Maßnahmen zum Lärmschutz umsetze.

Bürgermeister Wetzig entgegnet, dass man ein Förderprogramm für Lärmschutzfenster bereits im Fachbereichsausschuss Stadtentwicklung, Bau und Umwelt beschlossen habe.

Stadtrat Dörfler (CDU) legt dar, dass man zum Lärmschutz bereits kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen beschlossen habe. Es gehe jetzt um die Umsetzung.

Stadtrat Walter (CDU) bringt bezüglich der Kastbrücke vor, dass man hier mit einer geschwindigkeitsabhängigen Ampelschaltung sicher einiges erreichen könnte.

Der Leiter der Hauptabteilung Verkehrsplanung und Straßenbau, Grünflächen, Vermessung, Herr Feig, sagt, dass dies bekannt sei und sagt Prüfung zu.

Produktgruppe 5610-740 ökologische Landschaftsentwicklung

Stadtrat Peiker (LINKE) spricht die ökologische Landschaftsentwicklung an. Er vermisst hier Mittel im Haushalt.

Herr Nann (Controller beim Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt) und Bürgermeister Wetzig erläutern, dass in der Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf für 2011 ein Betrag in Höhe von 100.000 € eingestellt sei.

Elektromobilität

Stadtrat Keppler (CDU) bittet, die Elektromobilität in Ulm voranzubringen und hier eine Grundsatzdiskussion zu führen.

Produktgruppe 5110-740 Sanierung Ortskern Söflingen II

Stadtrat Eichhorn (FWG) bittet darzulegen, warum für die Sanierung Ortskern Söflingen II ein Betrag in Höhe von 337.000 € eingestellt sei.

Die Geschäftsführerin der Sanierungstreuhand Ulm GmbH, Frau Wagner, stellt dar, dass dies überhängende Mittel für die Abrechnung seien.

Produktgruppe 5410-750 Verbindungsstraße zwischen L 260 - Wiblinger Ring

Stadtrat Bühler (FWG) vermisst die Wiblinger Querspange im Haushalt. Das Vorhaben müsse im Herbst begonnen werden und deshalb müsse man jetzt in den Haushalt Mittel einstellen.

Bürgermeister Wetzig legt dar, dass für die Wiblinger Querspange Bauraten im Haushalt enthalten seien. Hier stehen 400.000 €, davon 300.000 € als Verpflichtungsermächtigungen, zur Verfügung. Wenn das Baurecht da sei, dann könne man Aufträge in Höhe von bis zu 400.000 € vergeben.

Auch Oberbürgermeister Gönner bestätigt, dass das Geld da sei. Wenn man einen rechtsverbindlichen Plan und alle Grundstücke habe, könne man sofort loslegen. Man habe den Grundstückseigentümern mehrfach Angebote unterbreitet. Man verhandle mit den Eigentümern bereits seit mehreren Jahren. Die Verhandlungsbereitschaft auf der Seite der Grundstückseigentümer sei jedoch gleich null. Man brauche jetzt die Pläne, um weiter zu kommen. Es werde aber keine Bevorzugung Wiblinger Grundstückseigentümer gegenüber Bürger anderer Stadtteile geben. Man lasse sich nicht erpressen. Es wäre wichtig, jetzt sozialen Druck auf die Betroffenen auszuüben.

Stadtrat Pflüger (SPD) schlägt vor, wenn die Querspange in Wiblingen noch länger dauere, dann das Geld für den Rückbau der Donautalstraße einzusetzen.

Produktgruppe 5410-750 Bahnhofsbrücke

Stadtrat Keppler (CDU) spricht den Neubau des Bahnhofsteges und hier im speziellen die Abgänge auf die Bahngleise an. Er bitte, dass Oberbürgermeister Gönner sich bei der Bahn für die Realisierung dieser Zugänge einsetze.

Für Stadträtin Malischewski (FWG) hat die erste Priorität der City-Bahnhof und nicht die Abgänge vom Bahnhofsteg auf die Gleise.

Produktgruppe 5410-750 Sanierung Karlstraße

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) legt dar, die Karlstraße sei erst ab 2014 in der Mittelfristigen Finanzplanung enthalten. Dies halte man für zu spät. Man beantrage deshalb, diese Maßnahme vorzuziehen.

Auch Stadtrat Dörfler (CDU) hat kein Verständnis, dass die Karlstraße erst 2014 angegangen werden solle.

Stadtrat Bühler (FWG) führt aus, für die Karlstraße habe man einen Wettbewerb veranstaltet, weiter sei nichts passiert. Jetzt sei es wichtig, ein Signal zu setzen, damit die Bürger sehen, dass man dieses Thema auch ernst nehme.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) bringt an, dass er davon ausgehe, dass hier ein koordiniertes Vorgehen geplant sei.

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) teilt mit, dass die FUG in der Karlstraße sofort mit der Leitungsverlegung beginnen könnte.

Bürgermeister Wetzig legt dar, dass es zur Karlstraße eine Grundsatzplanung gebe. Man halte sich hier an die Eckdatenbeschlüsse. Deshalb seien erst ab 2014 Mittel vorgesehen. Notfalls müsste man etwas umschichten. Als erstes müsste man dann eine Planungsrate einstellen.

Der Leiter der Hauptabteilung Stadtplanung, Umwelt, Baurecht, Herr Jescheck, bringt vor, dass die FUG im Jahre 2013 in der Karlstraße bauen wolle. Dies müsse mit der Maßnahme in der Neutorstraße gekoppelt werden.

Bürgermeister Wetzig teilt mit, dass für die Neutorstraße Mittel im Haushalt enthalten seien.

Oberbürgermeister Gönner schlägt vor, eine Zeitschiene in Abstimmung mit der FUG auszuarbeiten und dann dem Ausschuss zu präsentieren. Dann werde man die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

Bürgermeister Wetzig sagt zu, im Ausschuss im Frühjahr 2011 zusammen mit der FUG über die Karlstraße zu berichten.

Oberbürgermeister Gönner bestätigt, dass dann evtl. über den Nachtrag 2011 Planungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Keppler (CDU) merkt an, dass auch die Rettungsdienste in die Grundsatzdiskussion eingebunden werden müssen.

Oberbürgermeister Gönner hält fest, dass sich alle Fraktionen für die Sanierung der Karlstraße einsetzen.

Produktgruppe 5410-750 Kreisverkehrsplatz L 1165 - alte B 10

Stadtrat Bühler (FWG) spricht den Kreisverkehrsplatz zwischen Jungingen und Lehr (alte B 10) an. Er bittet darzulegen, bis wann man mit dem Zuschussbescheid der Landesmittel rechnen könne.

Herr Feig legt dar, dass dies im Fachbereichsausschuss beraten worden sei. Man habe Gespräche mit dem Regierungspräsidium Tübingen geführt. Es sei zugesagt, dass bis April 2011 etwas zur Höhe des Zuschusses gesagt werden könne. Im städtischen Haushalt sei nur der städtische Anteil veranschlagt. Man habe parallel in Rücksprache mit dem Regierungspräsidium Tübingen auch einen Antrag zum Kreisverkehrsplatz "Stelzenäcker" gestellt. Man dürfe ohne Förderungsbescheid keine Maßnahme beginnen, da man sonst die gesamten Kosten selber tragen müsse.

Produktgruppe 5410-750 Ausbau Mittlerer Ring

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) bittet darzulegen, um welche Kosten es sich bei den Planungen bis 2014 handle.

Bürgermeister Wetzig macht deutlich, dass hier nur die Knoten beinhaltet seien. Es seien keine zusätzlichen Fahrbahnstreifen in diesem Betrag enthalten.

Produktgruppe 5410-750 Ampelschaltung Böfinger Steige / Straßenbahn

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) spricht die Ampelschaltung am Sudetenweg an. Er habe hier bereits vor einem halben Jahr einen Antrag gestellt. Passiert sei jedoch nichts.

Herr Feig bringt vor, dass die schriftliche Antwort auf den Antrag von Stadtrat Dr. Waidmann fertig sei. Man habe auch die Karlsruher Lösung bewertet, diese sei jedoch mit der geltenden Richtlinie nicht mehr konform. Die Situation sei auch mit der Polizei besprochen, leider könne die Ampelschaltung hier nicht geändert werden.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) legt dar, wenn die Straße nur 50 cm breiter wäre, hätte man eine zweite Spur machen können.

Oberbürgermeister Gönner sagt nochmalige Prüfung zu.

Produktgruppe 5410-750 Bau von Radwegen

Stadtrat Bühler (FWG) merkt an, dass beim Radewegbau die Mittel völlig zurückgefahren worden seien. Man müsse überlegen, hier wieder Mittel einzusetzen.

Stadtrat Keppler (CDU) bringt vor, dass die CDU-Fraktion bedauere, dass beim Radwegenetz die Mittel reduziert wurden. Man bitte, hier mehr Geld einzusetzen.

Stadträtin Münch (CDU) bittet, den bestehenden Radweg an der Böfinger Steige kurzfristig instandzusetzen.

Bürgermeister Wetzig sagt Prüfung zu.

Produktgruppe 5460-750 Tiefgarage Kornhaus

Stadtrat Dörfler (CDU) merkt an, dass er mehrere Anträge zur Sanierung gestellt habe. Bis jetzt sei nichts umgesetzt worden. Er beantrage, dass dem Gemeinderat ein Sanierungskonzept und eine Kostenplanung vorgelegt werde.

Bürgermeister Wetzig teilt mit, dass das Zentrale Gebäudemanagement zusammen mit der Abteilung Verkehrsplanung und Straßenbau an diesem Thema dran seien. Man werde nächstes Jahr darüber berichten. Er gebe zu bedenken, dass dies jedoch eine sehr große Geschichte sei, da hierzu auch der Platz gehöre. Man werde nächstes Jahr dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreiten.

Oberbürgermeister Gönner legt dar, dass man im Lichte des Untersuchungsergebnisses dann überlege, ob man saniere oder nicht.

Produktgruppe 5470-750 Modernisierung von Haltestellen

Stadtrat Dörfler (CDU) bringt vor, er habe beantragt, am Egginger Weg bei den Seniorenwohnungen, den Bürgersteig bei der Bushaltestelle zu erhöhen, damit der Einstieg erleichtert werden könne. Er bitte, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen.

Herr Feig führt an, wenn im Frühjahr die Entscheidung über den Ausbau der Straßenbahn gefällt sei und der Kuhberg nicht die erste Priorität habe, dann werde man das "Haltestellenproblem" angehen.

Bürgermeister Wetzig merkt an, man werde jetzt schauen, ob man mit einfachen Mitteln hier etwas machen könne. Man werde die Haltestelle jedoch nicht nach dem Standard "Barrierefreiheit" ausbauen.

Stadträtin Malischewski (FWG) erwähnt, dass es ein ähnliches Problem bei der Endhaltestelle Friedhof in Wiblingen gebe.

Oberbürgermeister Gönner schlägt vor, erst den "Egginger Weg" abzarbeiten und dann "Wiblingen" anzugehen.

Stadtrat Eichhorn (FWG) spricht das Programm zur Modernisierung der Haltestellen an.

Herr Feig macht deutlich, dass das Haltestellenprogramm 200.000 € beinhalte. Man müsse jedoch bedenken, dass die Modernisierung einer Haltestelle mindestens 50.000 € koste. Es gehe hier um die bauliche Ausgestaltung der Haltestellen jedoch nicht um das "Wall-Thema".

Produktgruppe 5510-750 Fußweg an der Blauinsel

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht den Fußweg an der Blauinsel an. Hier herrsche eine "Löcherlandschaft".

Bürgermeister Wetzig sagt Prüfung zu.

Produktgruppe 5530-760 Hauptfriedhof Ulm, Sanierung Aussegnungshalle

Stadtrat Bühler (FWG) spricht die Sanierung der Aussegnungshalle auf dem Ulmer Friedhof an. Er möchte dargelegt bekommen, ob mit der Sanierung im Frühjahr begonnen werde.

Bürgermeister Wetzig sagt zu, dass dies so sei. Man werde rechtzeitig in den Ausschuss kommen.

Produktgruppe 5450-750 Stadtreinigung, Pflege Grünanlagen

Stadtrat Dörfler (CDU) bemängelt, dass u.a. auch die Rathaustreppe mit Zigarettenskippen und Unrat verschmutzt sei. Es könne nicht sein, dass Mitarbeiter der Stadt den Unrat von anderen wegräumen müssen. Hier müsse man härter durchgreifen.

Stadtrat Bühler (FWG) ist der Ansicht, dass bei der Stadtreinigung und Pflege der Grünanlagen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Bürgermeister Wetzig verweist hier auf die Seite 277 Ziffer III. des Haushaltsplanentwurfs (Anlage zu GD 901/10). Die Reduzierung sei ein Ausfluss der Haushaltskonsolidierung.

Stadtrat Pflüger (SPD) ist der Meinung, dass man bei der Stadtreinigung mehr auf die Bürgerbeteiligung setzen müsse.

Bürgermeister Wetzig bringt vor, dass man das Thema "Stadtreinigung" nochmals im Betriebsausschuss der Entsorgungsbetriebe behandeln werde.

Oberbürgermeister Gönner dankt den Mitarbeitern der Entsorgungsbetriebe, die tagtäglich den Dreck der Anderen wegräumen müssen.

Die Rathaustreppe sei zurzeit Aufenthaltsort für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen. Es seien nicht die städtischen Mitarbeiter, die hier die Treppe verschmutzen. Man werde den Eingang mit einer Kamera überwachen lassen und hier bei Bedarf auch das Hausrecht ausüben.

Stadtrat Dörfler (CDU) bittet zu prüfen, ob es für die Jugendlichen in der Nähe des Hans- und Sophie-Scholl-Platzes eine "Wärmestube" gebe.

Oberbürgermeister Gönner macht deutlich, dass es als Aufenthaltsort den Büchsenstadel gebe.

Produktgruppe 5450-750 Winterdienst

Stadträtin Schäfer-Oelmayer (GRÜNE) legt dar, dass man bezüglich des Winterdienstes dauerhaft mehr Mittel zur Verfügung stellen müsse.

Erster Bürgermeister Czisch führt an, wenn man mehr Salz einkaufen müsse oder mehr Ein-

satzstunden benötigt werden, werde man dies im Nachtrag abarbeiten. Es mache Sinn, hier einen Standardbetrag aufzunehmen und dann die tatsächlichen Kosten über den Nachtrag abzuarbeiten.

Der Teilergebnis- und der Teilfinanzhaushalt sowie das Zuschussverzeichnis des Fachbereichs Stadtentwicklung, Bau und Umwelt werden, Widerspruch wird nicht erhoben, dem Gemeinderat unverändert zur Beschlussfassung empfohlen.

OB, BM 1, BM 2, BM 3, C 3, VGV (4), SUB (4), FR, GM, FW, Fachbereichspersonalrat, ZS/P, OV (8), ZS/F (3), RPA, 902/0

Niederschrift über die Verhandlung
des Hauptausschusses
des Gemeinderats
vom 1. Dezember 2010

öffentlich

§ 376

Entwurf der Haushaltssatzung des Haushaltsplanes 2011

- Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt für die Bereiche Oberbürgermeister, Zentrale Steuerung, Zentrale Dienste, Bürgerdienste und für die Allgemeinen Finanzmittel -
- Vorberatung des Gesamthaushalts einschließlich Personalaufwendungen und Stellenplan -
- weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen -

Beratungsgrundlage sind die:

1. GD 901/10 (Entwurf des Haushaltsplanes einschließlich Stellenplan 2011)
2. GD 903/10 (Vorbericht)
3. GD 904/10 (Änderungsliste zum Haushaltsplanentwurf 2011)
4. GD 905/10 (Liste der weitergehenden Zuschussanträge, die nicht im Zuschussverzeichnis 2011 berücksichtigt sind)
5. GD 906/10 (Beschlussvorlage der Zentralen Steuerung/Personal zum Stellenplan)
6. GD 909/10 (Übersicht zum Wachstums- und Impulsprogramm)
7. GD 910/10 (Übersicht zum Programm Bildungsoffensive)
8. GD 911/10 (Übersicht über das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes, KP II)

Die Beratungsgrundlagen sind - soweit sie nicht der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 24. November 2010 (§ 90) beigelegt sind - Anlagen zu dieser Nieder-

schrift.

Zu Beginn der Sitzung erläutert der Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen.

I. Bereich Oberbürgermeister

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Stadträtin Kühne (SPD) bemerkt, sie sei neugierig auf die Bilanz, die im Laufe des nächsten Jahres erstellt werde. Das werde neue Fragen aufwerfen. Allein die Kunstwerke des Ulmer Museums z. B. hätten einen hohen Wert. Die Art der Darstellung des Haushaltsplanes 2011 sei gut. In der Diskussion sei zum Teil eine verkehrte Welt gewesen.

Beispiel: Die kinderfreundliche Fraktion der SPD habe auf die Gewerbesteuererhöhung verzichtet und die gewerbefreundliche Fraktion der FWG habe auf Kindergartenbeiträge verzichten wollen. Das sehe auf den ersten Blick aus, wie eine verkehrte Welt, zeige jedoch, dass alle an einem Strang ziehen. Die Fraktionen seien gar nicht so weit auseinander. Es stelle sich die Frage, wie man künftig die Haushaltsplanberatungen gestalten könne. Gemessen an den Beträgen habe man wenig bewegt.

Zum Thema "Kindergartenbeitrag": Hier sei eine gewisse Brisanz drin. Sie schlägt deshalb vor, bis die Sache endgültig beschlossen sei, in jeder Sitzung des Hauptausschusses einen Kurzbericht über die Ergebnisse des Arbeitskreises vorzulegen. Die Stadträte bräuchten hierzu laufend die aktuellen Informationen. Die Kinderfreundlichkeit der Stadt lasse sich messen an dem Betrag, der hinter der Kinderbetreuung stehe und an den jährlichen Steigerungen der Mittel hierfür.

Die städtischen Gesellschaften seien sozusagen Nebenhaushalte, die vom Volumen her eine wichtige Rolle spielen. Sie seien beim Gemeinderat nicht immer so präsent und man müsse schauen, wie man die Gesellschaften mehr hereinholen könne. Sie vermisse die städtischen Gesellschaften bei dieser Gesamtschau. Der Vorbericht sei der „Readers Digest“ des Haushaltsplans. Da stünden alle wichtigen Informationen drin. Sie dankt der Verwaltung für die gute Vorbereitung.

Auch Stadtrat Joukov (GRÜNE) ist der Auffassung, dass man über die Rolle der städtischen Gesellschaften im Gesamtgefüge des städtischen Haushaltes reden müsse. Im Hauptausschuss rede man bei der Zielvereinbarung über die städtischen Gesellschaften. Diese Aufgabe müsse der Gemeinderat ernster nehmen. Es würde ihn freuen, wenn auch von anderen Fraktionen Beiträge zu diesem Thema kämen.

Stadtrat Grees (FWG) stellt fest, man habe in den letzten zwei Tagen zwar viel geredet, aber wenig bewegt. Wenn der Gemeinderat Vorschläge gemacht habe, seien diese von der Verwaltung wieder eingesammelt worden. Wenn eine Verschiebung möglich gewesen wäre, sei gleich die Frage nach der Deckung gestellt worden. Irgendwo dann etwas wegzunehmen, sei schwierig. Im Juli finden immer die Beratungen über die Eckwerte des Haushaltsplanes statt. Dort werden die wesentlichen Grundzüge des Haushaltes beschlossen.

Zum Haushalt selbst: Die Steuereinnahmen seien wie geplant verlaufen. Die frühere "Zuführungsrate" betrage 11,3 Mio. €, was den Haushalt genehmigungsfähig mache. Das sei ein Zeichen, dass die Wirtschaft angezogen habe und dass man nahezu Vollbeschäftigung habe. Die Einnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer seien gut. Lücken seien durch die Grundsteuererhöhung geschlossen worden. Auch bei der Finanzierung der Kinderbetreuungskosten habe man einen Weg gefunden. Der Haushaltsplan 2011 sei folglich gut. Der neue Schuldenstand von 159 Mio. € gehe jedoch an die Grenze. Bis zum Jahr 2017 werde man spätestens wieder auf dem Schuldenstand von 2008 sein. Folglich werde die FWG-Fraktion den Haushaltsplan genehmigen.

Stadtrat Dr. Kienle (CDU) stellt klar, dass die Haushaltsplanberatungen vorgeschrieben und nötig seien. Sie führen in eine Haushaltssatzung. Ohne diese könne man nächstes Jahr nicht arbeiten. Am 15. Dezember 2010 werde der Haushaltsplan in der Gemeinderatssitzung verabschiedet. Die Haushaltsplanberatungen dienen der Feinsteuerung, falls etwas das ganze Jahr über übersehen worden wäre. Es stelle sich die Frage nach dem Selbstverständnis des Gemeinderats. Die Frage laute, ob man mit den gegebenen Mitteln die Aufgaben erfüllen könne. Es sei gelungen, ein Ziel des jetzigen und des vorherigen Gemeinderats umzusetzen, nämlich die Kinderbetreuung qualitativ auszubauen und zu verbessern. Auch werde die Finanzierung hierfür sichergestellt. Dies sei ein großer Verdienst dieses Gemeinderats.

Die städtischen Beteiligungsgesellschaften hätten eine Aufgabe zu erfüllen. Der Hauptausschuss müsse die städtischen Gesellschaften mit ausreichend Mitteln ausstatten, damit diese ihre Aufgaben erfüllen könnten.

Stadtrat Eichhorn (FWG) macht deutlich, um die Sinnhaftigkeit der Haushaltsplanberatungen zu beweisen, müsse man nicht unbedingt etwas verschieben. Es sei sinnvoll, über den Haushaltsplan zu reden. Die Haushaltsplanberatungen seien auch immer eine Lehrstunde für die neuen Gemeinderäte. Sie solle man an sich nicht in Frage stellen, evtl. sei es sinnvoll, den Beteiligungsbericht in die Haushaltsplanberatungen zu integrieren.

Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) bemerkt, es sei besonders schön, mit Oberbürgermeister Gönner zusammensitzen. Dabei bekomme man dann auch mit, wo die Empfindlichkeiten liegen, z.B. bei den Themen "Bürgerbeteiligung" und "Wohnungsbaupolitik". Immer, wenn sich der Oberbürgermeister heiß laufe, dann seien das Themen, die man genauer anschauen müsste. Es sei beschämend, wie wenig bei den Haushaltsplanberatungen verändert werden könne. Das habe sich der Gemeinderat selbst zuzuschreiben. Sie erinnert daran, dass die GRÜNEN nicht für diese Art der Konsolidierung gewesen seien. Das Korsett sei sehr eng gewesen. Im Bereich Soziales z.B. sei kein Spielraum mehr da, wenn man nur über 10 % der Ausgaben bestimmen könne. Sie appelliert an den Gemeinderat, sich bei den Beratungen über die Eckwerte mehr Zeit zu nehmen.

Bei den Beratungen über die Eckwerte im Sommer sei unter anderen Vorzeichen entschieden worden. Das sehe man daran, dass die Stadt bei der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) Geld parken könne. Falls es bei der Nachtragssatzung 2011 wieder Erfreuliches geben werde, sollte für 2012 nicht jede Million zur Schuldentilgung verwendet werden, sondern man solle sich ein wenig Luft lassen.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) dankt Erstem Bürgermeister Czisch für diesen Haushaltsplan.

Er sei jedoch aus dem neuen Haushaltsplan auch nicht schlauer geworden als aus dem früheren. Er nehme nun seit elf Jahren an den Haushaltsplanberatungen teil, die einen gewissen Unterhaltungswert hätten. Auch sei nicht jeder Stadtrat in jedem Ausschuss und so erhalte man auch Informationen aus anderen Bereichen.

An Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) gewandt, bemerkt er Folgendes: Alles sei relativ, aber "nur" 18 Mio. € neue Schulden seien doch jede Menge Holz. Es gebe einen Beschluss des Hauptausschusses, wonach jeder unerwartete Euro an Gewerbesteuererinnahmen in die Schuldenreduzierung fließen soll. Dabei sollte man bleiben. Die Gewerbesteuer sei ein Thema, mit dem man sich noch ein paar Mal beschäftigen müsse. Diese sei keine verlässliche Finanzierung für die Kommune. Der Haushalt sei von den Eckwerten umklammert. Bisher sei der Nachtragshaushalt immer positiv gewesen. Die Spielräume seien nicht sehr groß. Der Gemeinderat setze immer wieder Schwerpunkte (z.B. Kinderbetreuung, Bildung, Investitionsprogramm). Die Haushaltsplanberatungen sollten weiterhin beibehalten werden, jedoch reichen zwei Tage völlig aus. Auch seine Fraktion stimme dem Haushaltsplan zu.

Erster Bürgermeister Czisch macht an Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) gewandt folgende Bemerkungen: Seine Kollegen in Nordrhein-Westfalen sagen ihm immer, dass die Ulmer ganz schön verwöhnt seien. Seit 2003 seien im Verwaltungshaushalt 13 Mio. € über Sonderfaktoren dazu gekommen. Seit drei Jahren habe man allein bei der Kinderbetreuung von 13 Mio. € auf 19 Mio. € aufgestockt. In der Bildungsoffensive habe man in den letzten zehn Jahren 100 Mio. € investiert und Akzente gesetzt. Das Wirtschafts- und Impulsprogramm umfasse 5 Mio. € bis 6 Mio. € pro Jahr. Beim Zukunftsinvestitionsprogramm betrage das Gesamtinvestitionsvolumen 13 Mio. €. Soviel habe er zum Thema "nichts bewegen" sagen wollen.

Zur Frage, ob es Ulm gut oder schlecht gehe: Das sei relativ. Man sei schon zufrieden, dass Ulm von der Wirtschaftskrise weniger betroffen sei als andere Kommunen. Sehen müsse man auch, auf welchem Level man diskutiere. Ulm sei eine der wenigen Kommunen, die sagen könne, dass sie solide finanziert sei, aber 1 Mio. € über der Mindestzuführung nach altem Recht sei richtig gut. Wenn von "nur 18 Mio. € neuen Schulden" die Rede sei, frage er sich, wo man sich befinde. Aus dieser Kraft der Stadt und der Region müsse man auch schöpfen. Hierzu sei in den letzten zehn Jahren ein Beitrag geleistet worden.

Zur Gewerbesteuer: Heute Morgen habe man mitgeteilt bekommen, dass man 2 Mio. € weniger Gewerbesteuer erhalten werde. Seit zwei Jahren gebe es diesbezüglich ein Wechselbad der Gefühle. Ulm habe sich in dieser sehr schwierigen Zeit relativ gut geschlagen. Wichtige Programme seien ermöglicht worden. Bei der Kinderbetreuung marschiere man in Richtung 50 % und zwar solide finanziert. Bei den Steuerhebesätzen liege Ulm weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte. Das Investitionsprogramm fahre man 2010 und 2011 auf höchstem Niveau. Da frage er sich, warum man klage.

Zum Thema "Wert": Der monetäre Wert sei nur ein Bruchteil des nicht monetären Wertes. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten betragen ca. 1,2 Mrd. €. Ein Problem sei, dass man ein hohes Eigenkapital brauche, weil das meiste Vermögen nichts einbringe, sondern etwas koste.

Zum Thema "Haushaltsplanberatungen": Er frage sich, warum die Erwartungen an die

Haushaltsplanberatungen dieselbe seien, wie an die vor 20 Jahren. Damals seien alle unzufrieden gewesen, weshalb man das Verfahren geändert habe. Die Haushaltsplanberatungen seien eine Klammer um zahllose Einzelbeschlüsse und um die Diskussion des ganzen Jahres. Die Haushaltsplanberatungen hätten extrem viel Wert, weil man alles auf einen Blick anschauen könne. Es sei der Zeitpunkt für eine Rück- und eine Vorausschau. Der Gemeinderat bewege das ganze Jahr sehr viel (siehe Liste der Sonderfaktoren). In den letzten zwei Tagen seien Prioritäten und Akzente gesetzt worden. Es sei eine Ernte der Saat der Diskussion der letzten zehn Monate. Eventuell sei es sinnvoll, auch die städtischen Gesellschaften in die Haushaltsplanberatungen mit aufzunehmen, da sie ein wichtiger Teil der städtischen Politik seien. Der Hauptausschuss sei der Beteiligungsausschuss. Es gehe um die strategische Bedeutung der Gesellschaften. Das Zahlenwerk entspreche 50 % des Finanzvolumens. Es sei sinnvoll, die Beteiligungen in die Diskussion der Haushaltsplanberatungen mit aufzunehmen. Es werde immer mit dem Gemeinderat verabredet, welche Gesellschaft im nächsten Jahr intensiv öffentlich diskutiert werde. Das sei in anderen Städten nicht der Fall.

An Stadtrat Grees (FWG) gewandt bemerkt er, im Vergleich mit der Verschuldung bei Bund und Land sei die Situation in Ulm positiv. Die Zahlen seien aber nicht so gut, dass man noch mehr Gas geben könnte, da man ohnehin schon viel Gas gebe. Auch müsse man sehen, was in den letzten zehn Jahren im Bereich der Kultur getan worden sei.

Die Haushaltsplanberatungen seien sinnvoll, um einmal jährlich gebündelt Rückschau und Vorschau zu halten. Dadurch bekomme man die Stimmungen mit.

Stadtrat Bühler (FWG) berichtet über zwei Seminare des Gemeindetages, an denen er jüngst teilgenommen habe. Eines sei zum Thema "Gemeindefinanzen" gewesen. Herr Schmid vom Gemeindegtag habe ausdrücklich gesagt, dass das, was er sage, nicht für die Stadt Ulm gelte. Ulm stehe gut da.

Ein anderes Seminar sei zum Thema "Kinderbetreuung" gewesen. Auch dieser Referent habe betont, dass Ulm hier keine Probleme habe. Andere Städte und Gemeinden wüssten nicht, wie sie die Landesrichtlinie umsetzen sollen. Das sei ein Lob an die Verwaltung.

Oberbürgermeister Gönner stellt fest, dass den Gemeinderat jedes Jahr bei den Haushaltsplanberatungen Selbstzweifel plagen. Man sollte sich darauf verständigen, dass diese Sinnfrage 2010 zum letzten Mal gestellt werde. Die Frage laute nicht, was der Gemeinderat in den zwei Tagen Haushaltsplanberatungen bewege. Aufgabe der Haushaltsplanberatungen sei es, die Summe des abgelaufenen Jahres zu sehen und einen Blick auf das kommende Jahr zu werfen. Sie seien eine summarische Zusammenfassung dessen, ob man das, was man sich vorgenommen habe, im vergangenen Jahr umgesetzt habe und eine Klärung, welches die Ziele für das nächste Jahr seien. Der Gemeinderat mache das ganze Jahr über Haushaltsplanberatungen. Nach einem Jahrzehnt sollte sich der Gemeinderat diese Sinnfrage nicht mehr stellen.

Wenn die Stadt Geld aus einmaligen Gewerbesteuernachzahlungen erhalte, sollte sie diese 1 : 1 für den Schuldenabbau verwenden, weil dies den Ergebnishaushalt dauerhaft entlaste. Es gehe momentan um eine Bremse des Schuldenanstiegs. Nach dem Schuldenabbau habe man gespürt, dass man über drei Millionen € mehr im Verwaltungshaushalt hatte. Ein Teil davon sei in die Kinderbetreuung geflossen. Die schnellen Schritte wären ohne Schuldenab-

bau nicht möglich gewesen. Die Gewerbesteuervorauszahlungen sehen eher düster aus. Heute Morgen sei die Nachricht gekommen, dass ein Unternehmen, das Gewerbesteuer nachgezahlt habe, künftig zwei Millionen € weniger an Gewerbesteuer zahlen werde. Die Freude über Gewerbesteuernachzahlungen werde getrübt durch eine Kürzung der Gewerbesteuervorauszahlungen. Die Freude über eine einmalige Nachzahlung werde erkaufte über eine Reduzierung der regelmäßigen Vorauszahlungen. Das sei die Kehrseite der Medaille. Alle Zahlungen ab dem 1. Dezember 2010 gehen bereits ins neue Jahr. Er geht davon aus, dass das noch ein paar Mal passieren werde. Bei dem Nachtrag werde man eher nach unten korrigieren müssen.

Zu den Beteiligungen könnten ein bis zwei Blätter (ähnlich wie das Blatt über die Bildungsoffensive) bei den nächsten Haushaltsplanberatungen mit verschickt werden. Beachten müsse man aber, z.B. bei der SWU, dass es ein Unternehmen im Wettbewerb sei. Dies habe in öffentlichen Diskussionen nur begrenzt etwas zu suchen. In öffentlicher Sitzung könne nicht über Geschäftspolitik geredet werden. Diese Information stelle die Konkurrenz nicht zur Verfügung. Die Frage laute, welchen Zweck man mit der jeweiligen Gesellschaft erfüllen wolle. Die städtische Wohnungsgesellschaft stehe nur wegen der städtischen Grundstücks politik so gut da und nicht wegen der Zuschüsse der Wohnbauförderung. Bei der Sanierungstreuhand Ulm GmbH habe man Schwierigkeiten, weil das Programm zusammengefallen sei. Die anderen Gesellschaften Ulm-Messe GmbH (UM), Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH (UNT), Projektentwicklungsgesellschaft Ulm mbH (PEG), SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) und Ulmer Parkbetriebs-Gesellschaft mbH (PBG) hätten alle einen klaren Zweck und einen klaren Auftrag. Sie werden über Ziele gesteuert. Öffentlich könne über die Ziele geredet werden, nicht jedoch über die Geschäftspolitik. Er betont ferner, dass die Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH (UWS) keine Außenstelle des Sozialamtes sei. Ein sich in Not befindender Ulmer Bürger werde über das Sicherheits- und Sozialsystem aufgefangen. Probleme mit Ghettos habe z. B. die Stadt Heidelberg, Ulm nicht. Die UWS verfolge eine andere Geschäftspolitik.

Produktgruppe 1110-100 Gemeindeorgane

Stadträtin Malischewski (FWG) bemängelt, dass sie mit dieser Aufstellung nicht mehr viel anfangen.

Oberbürgermeister Gönner stellt an Stadträtin Malischewski (FWG) gewandt klar, dass der Gemeinderat nicht der Bundestag sei. Der Gemeinderat sei ein Organ.

Auf die Frage von Stadträtin Malischewski (FWG) verweist Erster Bürgermeister Czisch auf Seite 414 des Haushaltsplans und erläutert gemeinsam mit dem Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung, Herr Eh, die Interne Leistungsverrechnung.

Oberbürgermeister Gönner macht deutlich, dass die Gemeinkosten auf alle umgelegt werden.

Herr Eh betont die Bedeutung der Internen Leistungsverrechnung unter anderem für die Gebührenkalkulation.

Produktgruppe 1114-130 Europabüro der Stadt Ulm

Auf die Frage von Stadträtin Malischewski (FWG) bringt Erster Bürgermeister Czisch vor, die Stelle, die nun bei der Koordinierungsstelle für Europaangelegenheiten der Stadt Ulm regulär angesiedelt werde, sei bisher an zentraler Stelle angesiedelt gewesen. Die Stelle sei bisher über das Traineeprogramm finanziert worden. Dies sei eine Konsequenz aus dem Europe-Direct-Beschluss.

Produktgruppe 1222-150 Ortsverwaltungen

Auf die Frage von Stadträtin Malischewski (FWG) macht Herr Gaus (Stellvertretender Leiter der Abteilung Finanzen undeteiligungsverwaltung) deutlich, dass die 42.000 € für das Austragen von Bescheiden der Entsorgungsbetriebe Ulm (EBU) seien.

Auf die Frage von Stadtrat Grees (FWG) legt der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements, Herr Michnick, dar, dass die Position "Umbau Rathaus Jungingen" ein Merkposten sei.

Stadtrat Bühler (FWG) fragt, ob es im Haushaltsplan noch mehr Luftnummern gebe.

Oberbürgermeister Gönner rät, das Schicksal der 300.000 € gut im Auge zu behalten. Es handle sich um keine Luftnummer.

Produktgruppe 5750-160 Städtische Hallen

Stadtrat Joukov (GRÜNE) macht auf das Edwin-Scharf-Haus aufmerksam, mit dem sich momentan die Neu-Ulmer sehr schwer tun. Auf Ulmer Seite sei die Zukunft des Kornhauses noch unklar. Dort werden aus brandschutzrechtlichen Gründen Investitionen nötig sein. Eventuell sei eine Kooperation der zuständigen Stellen in Ulm und Neu-Ulm über die Donau hinweg möglich. Der Bedarf an Veranstaltungsräumen in Ulm und Neu-Ulm sollte ermittelt werden. Es gebe Überschneidungen beim Klientel. Manche Vereine seien auch auf der Suche nach günstigen Veranstaltungsräumen. Eventuell sollte man solchen Vereinen ein- bis zweimal jährlich Räume vergünstigt zur Verfügung stellen.

Oberbürgermeister Gönner stellt Folgendes klar:

1. Das Kornhaus stehe voll gebrauchsfähig zur Verfügung. Alles andere sei kein Thema.
2. Das Edwin-Scharf-Haus sei Neu-Ulmer Angelegenheit, in die sich der Ulmer Gemeinderat nicht einmische. Falls es in Neu-Ulm tätige Reue gebe, stehe Ulm als Nachbarin zur Verfügung. Er weist auf ein WIBERA-Gutachten zu diesem Thema hin, wonach eine gemeinsame Hallenvermietungsstrategie nicht erfolgreich sei. Die Türen in Ulm stünden für Gemeinsames offen. Das Edwin-Scharf-Haus sei eine Tagungsstätte. Neu-Ulm müsse selbst über Sanierung, Abriss usw. entscheiden. Die Vermarktung der Räume sei etwas anderes. Möglich sei eine Zusammenstellung der Räume (Fläche, Angebot, Nachfrage). Eine Optimierung sei immer möglich.

Auch Erster Bürgermeister Czisch erinnert an die Kooperationsuntersuchungen, die vor fünf

Jahren gemacht worden seien. Das müsse geordnet über einen längeren Zeitraum hinweg abgearbeitet werden. Das sei ein riesen Aufwand. Aufwand und Ertrag stünden oft nicht in einem vernünftigen Verhältnis. Die Umsetzung bei solchen Dingen sei oft extrem schwierig. Klären müsse man, ob man ernsthaft über ein hohes Maß an Zusammenarbeit reden wolle. Über die Zeitschiene müsse man sich unterhalten, Untersuchungsaufträge seien immer denkbar.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) könnte sich durchaus ein neues Nachdenken vorstellen, wenn evtl. eine neue Situation eingetreten sei.

Oberbürgermeister Gönner unterstreicht, dass Neu-Ulm selbst über das Edwin-Scharff-Haus entscheiden müsse. Wenn es renoviert sei, könne über eine gemeinsame Vermarktung nachgedacht werden. Ulm könne die Renovierung jedoch nicht mitfinanzieren.

Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) ist der Ansicht, es sei möglich, dass man einem Bruder in Not helfen könne.

Oberbürgermeister Gönner betont, das sei kein Ulmer, sondern ein Neu-Ulmer Thema. Wo man helfen könne, tue man es.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt und das Zuschussverzeichnis des Oberbürgermeisters werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

II. Bereich Zentrale Steuerung

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Geldspielhallen

Stadtrat Joukov (GRÜNE) bringt vor, er vermisse das Thema "Geldspielhallen". Hier gebe es großen Handlungsbedarf. Soweit es den Staatsvertrag nicht gebe, sei die kommunale Besteuerung die einzige Möglichkeit.

Erster Bürgermeister Czisch sagt zu, dass ein Bericht im Hauptausschuss im ersten Quartal 2010 erfolge. Man müsse schauen, wo juristische Handlungsmöglichkeiten seien. Glücksspielbetreiber seien außerordentlich Streitbar und leisten sich extrem gut bezahlte Juristen.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) betont, ihm gehe es nicht um eine Maximierung der städtischen Einnahmen. Laut Sucht- und Schuldnerberatung sei Spielsucht oft ein Thema bei jüngeren Leuten. Die Stadt sollte hier präventiv tätig werden, dass Spielhallen nicht wie Pilze aus dem Boden schießen.

Erster Bürgermeister Czisch stellt fest, man sei in der Sache einig. Ein Bericht erfolge im ersten Quartal 2011.

Oberbürgermeister Gönner fügt an, es gebe auch die genehmigungsrechtliche Seite.

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Häußler, betrachtet das Thema "Spielhallen" gewerbe-rechtlich. Die Steuerung der Spielhallen sei über das Gewerberecht schwierig. Konsequenz verfolge man die Verwarnung der Spielhallenbetreiber. Die Verwaltung greife hart durch, wenn gegen gewerberechtliche Vorschriften verstoßen werde. Die Verwaltung versuche, den Spielhallenbetreibern das Leben so schwer wie möglich zu machen.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, das Thema könne aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert werden. In Bayern seien die Vorschriften liberaler. Die Steuer sei kein Instrument, um Probleme auf gesellschaftlicher Seite zu lösen.

Gender-Mainstreaming

Auf die Frage von Stadträtin Lambrecht (GRÜNE) bemerkt Frau Baumgartl (Leiterin der Abteilung Zentrale Steuerung/Personal), dass es zum Thema "Gender-Mainstreaming" noch ein Abschlussgespräch mit Oberbürgermeister Gönner und Herrn Schmid (Büro des Oberbürgermeisters) geben werde. Ferner werde es noch Fortbildungsmaßnahmen zum Thema "Gender-Mainstreaming" geben.

Oberbürgermeister Gönner ergänzt, das Projekt sei abgeschlossen und alle Mitarbeiter auf Gender-Mainstreaming geeicht. Erstmals habe es in den Herbstferien neben einer Mädchenwoche auch eine Bubenwoche gegeben. Das sei sehr gut angekommen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Zentralen Steuerung werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

III. Bereich Zentrale Dienste

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Das Wort hierzu wird seitens der anwesenden Gemeinderatsmitglieder nicht ergriffen.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Zentralen Dienste werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

IV. Bereich Bürgerdienste

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt, Zuschussverzeichnis

Produktgruppe 1220-410 Sicherheit, Ordnung, Gewerbe

Stadträtin Malischewski (FWG) spricht das Thema "Unterbringung von Obdachlosen" an. Die FWG-Fraktion habe einen Antrag zum Thema "Obdachlose Frauen" gestellt.

Oberbürgermeister Gönner bemerkt, der Antrag sei erledigt. Es gebe kein Problem, sollte es doch eines geben, werde Frau Keil darüber im zuständigen Fachbereichsausschuss berichten.

Auf die Frage von Stadtrat Dr. Waidmann (FDP) erklärt der Leiter der Bürgerdienste,

Herr Häußler, es handle sich um die Kostenumlage an das Tierheim nach Einwohnerzahl gemeinsam mit Neu-Ulm.

Produktgruppe 1221-420 Verkehr und Bußgeld

Oberbürgermeister Gönner bringt vor, im Rahmen der Beratungen sei das Thema "Selektives Durchfahrtsverbot für Lkw's auf der B 10 als Abkürzung zwischen A 8 und A 7" angesprochen worden.

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Häußler, macht deutlich, dass die Stadt den fließenden Verkehr nicht kontrollieren dürfe. Das sei Aufgabe der Polizei. Ggf. solle die Polizeidienststelle hierzu einen Bericht abgeben.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) ist der Ansicht, dass die Ulmer Polizei das Problem habe, dass es auf der B 10 zu wenig Möglichkeiten gebe, Fahrzeuge herauszuwinken.

Oberbürgermeister Gönner schlägt ebenfalls einen Bericht der Polizei hierzu vor. Dann könne die Polizei ihr Vorgehen darlegen.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) und Oberbürgermeister Gönner halten eine Mautpflicht auf der B 10 für sinnvoll.

Produktgruppe 1226-450 Veterinäramt

Stadtrat Joukov (GRÜNE) fragt, ob auch außerordentliche Kosten auf die Gebühren umgelegt werden können.

Erster Bürgermeister Czisch legt dar, dass die Gebühren schwanken und dass es Veränderungen gebe. Strittig sei z.B., ob die sogenannten Demokratiekosten umgelegt werden dürfen. Beim Ergebnis gebe es große Schwankungen. Ein Bericht zum Thema "Ulmer Schlachthof" im Hauptausschuss sei ggf. sinnvoll.

Der Leiter der Bürgerdienste, Herr Häußler, legt dar, dass die Gebühren im Schlachthof 100 %ig kostendeckend seien. 2009 sei sogar ein kleiner Überschuss erzielt worden. Die Steuerungsumlage sei nicht gebührenfähig.

Oberbürgermeister Gönner weist auf die Rechtsprechung zu diesem Thema hin. Es werde in die Gebühr hineingepackt, was gehe.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt und das Zuschussverzeichnis der Bürgerdienste werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

V. Allgemeine Finanzmittel

Teilergebnishaushalt, Teilfinanzhaushalt

Auf die Frage von Stadtrat Joukov (GRÜNE) bemerkt Erster Bürgermeister Czisch, dass sich

die Stadt bei der Finanzausgleichsumlage auf die Zahlen des Landes verlasse.

Herr Gaus (stellvertretender Leiter der Abteilung Finanzen und Beteiligungsverwaltung) legt dar, dass die Berechnungen auf dem Haushaltserlass des Landes beruhen. Die Mitteilung erfolge in der Regel quartalsweise. Falls es Änderungen gebe, finde eine Anpassung in der Nachtragsatzung statt.

Erster Bürgermeister Czisch berichtet, dass die Zahlen für 2011 korrigiert werden mussten.

Oberbürgermeister Gönner informiert den Hauptausschuss, dass am Donnerstag, den 2. Dezember 2010 über den Voreingriff des Landes in den Finanzausgleich verhandelt werde. Es gehe um eine halbe Mrd. €. Das laufe 2011 aus. Dann werde entschieden, wie es in den nächsten Jahren laufen werde. Jede Landesregierung werde in diesen Topf hineingreifen. Klar sei, dass die Kommunen 56 % des Länderfinanzausgleichs bezahlen. Baden-Württemberg unterstütze andere Länder im Länderfinanzausgleich, die sich dann teure Infrastrukturprojekte leisten. Wenn das Land Baden-Württemberg gegen den Länderfinanzausgleich klage, stünde er an Seite mit dem Land.

Der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt der Allgemeinen Finanzmittel werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

VI. Gesamthaushalt

Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, Personalaufwendungen einschl. Stellenplan

Das Wort hierzu wird seitens der anwesenden Gemeinderäte nicht ergriffen.

Der Gesamthaushalt (Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt, Zuschussverzeichnis, Personalaufwendungen einschl. Stellenplan) werden dem Gemeinderat - Widerspruch wird nicht erhoben - zur Beschlussfassung empfohlen.

VII. Weitergehende Anträge aus den Fachbereichsberatungen

Hier stellt Oberbürgermeister Gönner fest, dass keine weitergehenden Anträge aus den Fachbereichsberatungen vorliegen.

Ergebnis

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig die Ansätze im Haushaltsplanentwurf 2011 (GD 901/10) in der Fassung der Änderungsliste (GD 904/10) und den Stellenplan nach der GD 901/10 in der Fassung der GD 906/10 zur Beschlussfassung.

Weiter wird vom Hauptausschuss dem Gemeinderat ohne förmliche Abstimmung empfohlen, der Verwaltung folgende Ermächtigung zu erteilen:

- a) im Rahmen der Kreditermächtigung der Haushaltssatzung 2011 Kredite zu den jeweils günstigsten Konditionen aufzunehmen.

- b) für Kredite, bei denen im Haushaltsjahr 2011 die Zinsbindungsfristen enden, neue Zinsvereinbarungen zu den jeweils günstigsten Konditionen abzuschließen oder diese Kredite umzuschulden, falls neue Zinsvereinbarungen nicht zustande kommen.
- c) Kredite, deren Zinskonditionen der Kapitalmarktlage nicht entsprechen, zu kündigen und zu den jeweils günstigsten Konditionen umzuschulden.

OB, BM 1 (2), BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, ZD, BD (Maier), OB/B, LI (3), ZS/P, GPR, ZS/F, RPA, 902/07

Niederschrift über die Verhandlung
des Hauptausschusses
des Gemeinderats
vom 1. Dezember 2010

öffentlich

§ 377

Vorberatung des Entwurfs der Finanzplanung 2010 bis 2014

Den Mitgliedern des Gemeinderats wurde zur Beratung der Entwurf der Finanzplanung 2010 bis 2014 als GD 902/10 übersandt (Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 24. November 2010, § 90).

Oberbürgermeister Gönner macht folgende Anmerkungen:

1. Heute Morgen sei ein Punkt angesprochen worden, der mit der Karlstraße zusammenhänge. Das werde mit verschiedenen Maßnahmen eingetaktet. Über das Ziel herrsche in den Fraktionen Einigkeit.
2. Stadtrat Keppler (CDU) habe noch den Punkt "Ein- und Ausfahrt der Rettungsfahrzeuge" angesprochen.

Erster Bürgermeister Czisch betont, die Finanzplanung könne nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern müsse beschlossen werden.

Oberbürgermeister Gönner fährt fort, das Thema "Sanierung/Umbau der Rathäuser Einsingen, Lehr und Jungingen" werde mit ins Programm aufgenommen. Man beginne mit Einsingen, die anderen werden folgen.

Stadtrat Joukov (GRÜNE) betont, dass seine Fraktion die Ertüchtigung des Mittleren Ringer nicht mittrage.

Oberbürgermeister Gönner stellt klar, bei den Tangenten gehe es um die Verteilung von Verkehr. Das sei ein pragmatisches Thema. Insgesamt müsse man schlüssig sein.

Stadtrat Pflüger (SPD) bemerkt, er habe es so verstanden, dass nur die Knotenpunkte entschärft werden und dass kein zusätzlicher Straßenbau vorgesehen sei.

Bürgermeister Wetzig bestätigt, dass es nur um die Knotenpunkte gehe.

Erster Bürgermeister Czisch macht deutlich, dass bei der Finanzplanung nur die Summen, nicht jedoch die einzelnen Maßnahmen, beschlossen werden. Aus einer heutigen Zustimmung werde niemandem ein Strick gedreht.

Es wird einstimmig

beschlossen,

beim Gemeinderat zu beantragen:

Dem Entwurf der Finanzplanung 2010 bis 2014 zuzustimmen.

OB, BM 1 (2), BM 2, BM 3, R 1, C 2, C 3, ZD, BD (Maier), OB/B, ZS/F, RPA, 902/0